

Inhaltsverzeichnis

1. Friedrich August von Hayek	
2. Walter Eucken Institut	
3. Mont Pelerin Society	
4. FDP	
5. Alternative für Deutschland (AfD)	
6. Friedrich August von Hayek Stiftung	
7. Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	

Friedrich August von Hayek

Friedrich August von Hayek , (* 8. Mai 1899 in Wien, † 23. März 1992 in Freiburg), Ökonom und Sozialphilosoph, ist ein (Mit-) Begründer der Österreichischen Schule der Nationalökonomie und einer der kompromisslosesten und radikalsten Vertreter des Neoliberalismus. Nach den Erfahrungen des Stalinschen Terrorregimes sind für ihn staatliche Eingriffe in den Markt stets erste Schritte auf dem „Weg zur Knechtschaft“. Im Gegensatz zu anderen Strömungen des Neoliberalismus lehnt von Hayek sogar staatliche Interventionen gegen Monopole oder zum Schutz der Umwelt ab. Er ist der Gegenspieler von John M. Keynes, nach dem nur durch ein Eingreifen des Staates die der Marktwirtschaft immanenten Krisen bekämpft werden können. Neben seiner Theorie über die Funktionsbedingungen marktwirtschaftlicher Ordnungen und die Grundlagen freiheitlicher Gesellschaftsordnungen, auf die im Folgenden eingegangen wird, beschäftigte er sich mit der Konjunkturtheorie („Preise und Produktion“), für die er 1974 den "Nobelpreis für Ökonomie" erhielt, der seit 1969 von der schwedischen Reichsbank in Anlehnung an die Nobelpreise der Nobelstiftung vergeben wird. Später machte von Hayek für Wirtschaftskrisen vor allem die Zentralbanken verantwortlich und schlug vor, diese abzuschaffen und die Produktion von Zahlungsmitteln zu privatisieren.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Beruflicher Werdegang	2
2 Theorien zu Freiheit, Markt und Demokratie	3
3 Instrumentalisierung des Freiheitsbegriffs durch Lobbygruppen	5
4 Hayeks Theorien: Ideologische Grundlage von neoliberalen Netzwerken	6
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
6 Einzelnachweise	6

Beruflicher Werdegang

- gestorben am 23. März 1992 in Freiburg
- 1978 Ehrenpräsident [Walter Eucken Institut](#)
- 1977 Rückkehr nach Freiburg
- 1974 Nobelpreis
- 1969 - 1977: Honorarprofessor an der Universität Salzburg
- 1967 Emeritierung; Vertretung seines früheren Lehrstuhls bis 1969
- ab 1962: Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg; Ernennung zum Direktor des [Walter Eucken Institut](#)
- ab 1950: Professor of Social and Moral Sciences an der University of Chicago
- 1947 Gründung der [Mont Pelerin Society](#)
- 1938: Einbürgerung in Großbritannien
- ab 1931: Lehrtätigkeit an der London School of Economics
- 1929 Habilitation

- 1921/1923: Abschlüsse in Rechts- und Politikwissenschaften, dazu Studium der Philosophie, Psychologie und Ökonomie an der Universität Wien
- geboren am 8. Mai 1899 in Wien

Quelle: ^[1]^[2]

Theorien zu Freiheit, Markt und Demokratie

Hayek sieht im Wettbewerb ein „Entdeckungsverfahren“, dessen Ergebnisse offen sind. Daraus ergibt sich, dass eine bestimmte Form des Wettbewerbs ebenso wenig angestrebt werden kann wie das Erreichen bestimmter Marktergebnisse.^[3] Zwar geht auch Hayek – wie der klassische Liberalismus – davon aus, dass der Markt aus sich heraus ein stabiles System schafft. Daneben gibt es jedoch einen Evolutionsprozess der Regeln des Handelns, in dem die Wirtschaftsordnung als Ergebnis blinder, nicht geplanter Prozesse der Regelselektion verstanden wird.^[4] Dieser Evolutionsprozess führt zu einer spontanen Ordnung. Die Regeln des Handelns leiten die Individuen, weil sich Handlungen in Übereinstimmung mit ihnen als erfolgreicher erwiesen haben als die der konkurrierenden Individuen oder Gruppen.^[5] Die spontane Ordnung, zu der der Markt gehört, haben die Menschen auch dann hinzunehmen, wenn sich die Resultate des Marktes gegen sie wenden.^[6] Der „wahre Individualismus“ entspricht nach Hayek dem Bewusstsein, „dass dem individuellen Verstand Grenzen gezogen sind, ein Bewusstsein, das zur Demut vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen führt, durch welche die einzelnen mithelfen, Dinge zu schaffen, die größer sind, als sie selbst wissen“. ^[7] Hayek begründet die Überlegenheit von Märkten deshalb auch nicht mit den optimalen Ergebnissen des Marktmechanismus, sondern damit, dass sie die Begrenztheit des Wissens überwinden können und sich als menschengerechter, anonymer Mechanismus im evolutionären Prozess durchgesetzt haben.^[8] Der Ordoliberal Alexander Rüstow stellt fest, dass hinter diesem Konzept „die Vorstellung einer von Gott dem Schöpfer selbst gesetzten unsichtbaren Wirtschaftsverfassung steht, vor der alle unzulänglichen menschlichen Verfassungsversuche zu weichen haben“. ^[9] Freiheit hat nach Hayek nichts mit Demokratie oder Menschenrechten zu tun, sondern ist die Abwesenheit von willkürlichem Zwang:

„Politische Freiheit im Sinne von Demokratie, innere Freiheit, Freiheit im Sinne des Fehlens von Hindernissen für die Verwirklichung unserer Wünsche oder gar Furcht und Mangel haben wenig mit individueller Freiheit zu tun und stehen oft in Konflikt mit ihr...Die Freiheit, um die es sich hier handelt, die allein als allgemeines Prinzip der Politik dienen kann und die auch das ursprüngliche Ziel aller freiheitlichen Bewegungen war, besteht ausschließlich in der Abwesenheit von willkürlichem Zwang“^[10]

Hayek hat nichts gegen Zwang, sofern dieser nicht willkürlich ist. Zwang wird nach seiner Auffassung vom Staat ausgeübt, der jedoch selbst ein Produkt der spontanen Ordnung und insofern dieser untergeordnet ist.^[11] Deshalb darf der Staat keinen Zwang ausüben, der den Markt als Ergebnis der spontanen Ordnung in Frage stellt. Das wäre eine Bedrohung der Freiheit. Im Ergebnis ist für Hayek Freiheit das Recht von Unternehmen, mit Konsumenten, Arbeitnehmern und der Umwelt nach Gutdünken zu verfahren. Alle Eingriffe des Staates zu deren Schutz (Verbraucherschutz, Arbeitsschutz, Sozialpolitik, Umweltschutz) werden als freiheitsgefährdender Zwang verstanden, gegen den kompromisslos vorgegangen werden sollte:

“Eine wirksame Verteidigung der Freiheit muß...notwendig unbeugsam, dogmatisch und doktrinär sein und darf keine Zugeständnisse an Zweckmäßigkeitserwägungen machen.“^[12]

Der Ordoliberalismus befürwortet einen starken Staat, der der Wirtschaft die Rahmenbedingungen setzt, unter denen eine dem Allgemeinwohl dienende Konkurrenz ihre Wirkungen entfalten kann. Auch

unzulängliche Marktergebnisse können nach ordoliberaler Auffassung (möglichst mit marktkonformen Eingriffen) korrigiert werden, wenn sie für die Betroffenen offensichtlich zu inakzeptablen Ergebnissen führen. Nach Hayeks Konzept setzt dagegen die Wirtschaft dem Staat die Rahmenbedingungen, deren Veränderung als Anschlag auf die Freiheit verstanden wird. Selbst das staatliche Vorgehen gegen Monopole, die die Marktergebnisse zu Lasten der Verbraucher verzerren, lehnt er ab, da er in der rationalen Gestaltung der Wirtschaftsordnung die „Anmaßung von Wissen“ sieht. Im Unterschied zu anderen Vertretern des Neoliberalismus sah Hayek bezüglich der Monopolbildung ohnehin kaum Gefahren für den Wettbewerb, war er doch im Gegenteil nur „ernstlich beunruhigt über die Willkürlichkeit der ganzen Politik, die der Größe einzelner Unternehmungen Grenzen setzen will“.^[13] Beim Umweltschutz versagt der Markt, weil es zahlreiche knappe Güter (Wasser, Boden, Rohstoffe) gibt, die keinen Preis haben und deshalb auch nicht in die Kalkulation der Unternehmen eingehen. Vom Markt werden diejenigen Unternehmen durch Kosteneinsparungen belohnt, die auf Umweltschutzmaßnahmen verzichten und diejenigen bestraft, die solche Maßnahmen freiwillig ergreifen. Auch Hayek folgte zunächst der Theorie öffentlicher Güter - z. B. in *Der Weg zur Knechtschaft*, München 1976, S. 50 - , stimmte jedoch später der These zu, dass ökologische Probleme eine bloße Erfindung gewisser Theoretiker seien.^[14] Ein Problem „erschöpfbarer Ressourcen“ gebe es gar nicht.

Begriffe wie Allgemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit sind für Hayek gefährlich populäre Begriffe, die Menschen davon abhalten könnten, der Logik des Marktes demütig zu folgen. Wenn soziale Gerechtigkeit durch den Staat mittels Gesetzen (in der Terminologie von Hayek „mit Zwang“) eingeführt wird, muß dies sogar bekämpft werden:

„Womit wir es im Falle der 'sozialen Gerechtigkeit' zu tun haben, ist einfach ein quasi-religiöser Aberglaube von der Art, dass wir ihn respektvoll in Frieden lassen sollten, solange er lediglich seine Anhänger glücklich macht, den wir aber bekämpfen müssen, wenn er zum Vorwand wird, gegen andere Menschen Zwang anzuwenden“.^[15]

Zur Gleichheit äußert er sich wie folgt in einem einleitend von Stefan Baron für die Wirtschaftswoche im Jahre 1981 geführten Interview:

„Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig.“^[16]

Hayek hält nichts davon, die Ergebnisse des Marktes als Bestandteil der spontanen Ordnung zu korrigieren, mögen diese für die Betroffenen noch so unerträglich sein. Statt sozialer Korrekturen empfiehlt er einen Grundschutz "außerhalb des Marktes", der allen Bürgern ein Mindesteinkommen sichern würde. Hayek befürchtet jedoch, dass die ökonomisch und sozial Benachteiligten in einer parlamentarischen Demokratie die Regierung durch politischen Druck veranlassen könnten, Gesetze zu ihrem Schutz zu erlassen. Die Bezieher von Hungerlöhnen könnten Mindestlöhne fordern, geprellte Anleger eine Kontrolle von Finanzprodukten und der Banken, besorgte Bürger eine Abschaltung der Kernkraftwerke. Diese Mitgestaltungsmöglichkeiten von Individuen oder Gruppen, die nicht zur Wirtschaftselite gehören, sind für ihn Versuche, unlautere Sonderinteressen gegen den Markt und dessen Resultate geltend zu machen. Bei unlauteren Sonderinteressen denkt Hayek nicht in erster Linie an die Aktivitäten der Wirtschaftslobby, sondern an die seiner Meinung nach anmaßenden Versuche von Schutzorganisationen der Verbraucher, der Arbeitnehmer und der Umwelt, schlauer sein zu wollen als der Markt. Die Tätigkeit der Wirtschaftsverbände ist für ihn lauter, soweit diskriminierungsfreie Forderungen gestellt werden (z. B. eine allgemeine Senkung der Unternehmenssteuern), sie ist unlauter, wenn einzelne Unternehmen/Branchen bevorzugt werden (z. B. durch Steuervergünstigungen für einzelne Unternehmen oder Branchen). Hayek empört sich über die Demokratie, die ihren Bürgern und deren Organisationen die Freiheit gibt, das Marktgeschehen durch politische Entscheidungen zu beeinflussen:

„Die heute praktizierte Form der Demokratie ist zunehmend ein Synonym für den Prozess des Stimmenkaufs und für das Schmieren und Belohnen von unlauteren Sonderinteressen, ein Auktionssystem, in dem alle paar Jahre die Macht der Gesetzgebung denen anvertraut wird, die ihren Gefolgsleuten die größten Sondervorteile versprechen, ein durch das Erpressungs- und Korruptionssystem der Politik hervorgebrachtes System mit einer einzigen allmächtigen Versammlung, mit dem Wortfetisch Demokratie belegt“.^[17]

Hayek fordert deshalb eine Reform der Demokratie im Sinne einer beschränkten Demokratie:

„Es ist überhaupt nicht notwendig, dass Demokratie ein allmächtiges Parlament bedeuten muß...Wir können eine Demokratie haben, in welcher die Regierung – obwohl demokratisch geführt – unter dem Gesetz einer Körperschaft bleibt, die nicht regieren kann, sondern nur allgemeine Regeln festlegen kann. Die Macht der Regierung ist dann durch allgemeine Regeln limitiert und auf die Durchsetzung dieser allgemeinen Regeln beschränkt....Um eine beschränkte Demokratie zu schaffen, müssen wir die Macht teilen zwischen einer gewählten Versammlung (die nicht über die Parteilinien gewählt wird), welche generelle Regeln festlegen muß, und einer Regierungsversammlung, welche von ersterer festgelegten Regeln unterworfen ist. Eine solche Regierung könnte nach wie vor Leistungen aller Art erbringen, aber keine Zwangsherrschaft ausüben“.^[18]

Bei der gewählten Versammlung, die die Grundentscheidungen der Politik treffen soll, denkt Hayek an einen "Rat der Weisen", dem "reife" Männer und Frauen im Alter zwischen 45 und 60 Jahren angehören sollten, die sich im gesellschaftlichen Leben bewährt haben.^[19] Dieses gesellschaftliche Elitengremium soll die Probleme in langer Frist betrachten und nicht von den schwankenden Moden und Leidenschaften einer wandelbaren Masse abhängig sein. Seine Mitglieder würden für einen Zeitraum von 15 Jahren gewählt. Die Intention Hayeks ist erkennbar: Die Ausschaltung des Parlamentarismus zwecks Errichtung einer Elitenherrschaft, welche die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der spontanen Ordnung bestimmt.^[20]

Hayek unterstützte die Militärdiktatur in Chile und äußerte sich in dieser Zeit in einem Interview mit der chilenischen Zeitung „El Mercurio“ wie folgt zum Verhältnis von Diktatur und Liberalismus: Daher „würde ich persönlich einen liberalen Diktator einer demokratischen Regierung vorziehen, der es an Liberalität mangelt“.^[21] Weiterhin erklärte er in dem Interview: „Als langfristige Institutionen lehne ich Diktaturen mit allem Nachdruck ab. Aber eine Diktatur kann für eine Übergangszeit das erforderliche System sein“.

Instrumentalisierung des Freiheitsbegriffs durch Lobbygruppen

Hayek führt als vermeintlich stärkstes Argument für die Akzeptanz des Marktes als oberster Richtschnur der gesellschaftlichen Entwicklung an, dass ein Abweichen vom Marktprinzip letztlich in den Totalitarismus führe: „In einer komplexen Gesellschaft hat der Mensch keine andere Wahl, als sich entweder an die für ihn blind erscheinenden Kräfte des sozialen Prozesses anzupassen, oder den Anordnungen eines Übergeordneten zu gehorchen. Solange er nur die harte Schule des Marktes kennt, wird er vielleicht denken, daß die Leitung durch einen anderen vernünftigen Kopf besser wäre; aber wenn es zum Versuch kommt, entdeckt er bald, daß ihm der erstere immer noch wenigstens einige Wahl läßt, während ihm der letztere gar keine läßt“.^[30] Nach seiner Auffassung sind staatliche Interventionen stets auch ein erster Schritt zur Begrenzung der politischen Freiheit. Diese These ist durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte widerlegt worden. Praktisch alle westlichen Industriestaaten haben in unterschiedlichem Ausmaß den Wirtschaftsprozess über die Wettbewerbspolitik, Geld- und Fiskalpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Umweltpolitik usw. gesteuert, ohne dass dies zu einer Einschränkung der politischen Freiheit oder der Wahlmöglichkeiten der Verbraucher geführt hätte. Es gibt keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen Staatsquote und/oder Ausmaß der Regulierung und dem Grad der politischen Freiheit. In Chile ist eine sich an neoliberalen Grundsätzen orientierende Wirtschaftspolitik sogar von der

Pinochet-Diktatur praktiziert worden. Auch China hat die Marktwirtschaft unter einer Diktatur eingeführt. Freie Betätigungsmöglichkeiten für Unternehmen haben nicht zwangsläufig auch zu politischen Betätigungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürger geführt. Die Berufung von Parteien, Unternehmen und Lobbyorganisationen auf die Freiheit hat deshalb ganz überwiegend mit Bürgerrechten nichts gemein. Der Begriff Freiheit wird vielmehr meist nur noch als eine hehre Bezeichnung für die Forderung nach schrankenlosen Gewinnerzielungsmöglichkeiten angeführt, denen Gesetze zum Schutz der schwächeren Marktteilnehmer und der Umwelt entgegenstehen. Diese Gesetze sollen im Rahmen von Deregulierungen, die ohne Einzelprüfung ihrer Auswirkungen grundsätzlich als richtig gelten, wieder abgeschafft werden. Als weitere "freiheitsbildende Maßnahmen" werden Steuerreformen betrachtet, die sich zugunsten von Unternehmen und Besserverdienenden auswirken.

Hayeks Theorien: Ideologische Grundlage von neoliberalen Netzwerken

Eine Vielzahl neoliberaler Netzwerke sowie Teile der [FDP](#) und der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) berufen sich bei der Begründung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Positionen auf Hayek als Vordenker. Zu den Netzwerken gehören insbesondere die [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), die [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und die der FDP nahestehende [Friedrich-Naumann-Stiftung/Liberales Institut](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Universität Münster Biografie](#), Webseite Uni Münster, abgerufen am 18. 11. 2013
- ↑ [Biografie Walter Eucken Institut](#), Webseite Walter Eucken Institut, abgerufen am 18. 11. 2013
- ↑ Ralf Ptak: Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christof Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 43
- ↑ [Brodbeck: Neoliberalismus, S. 1](#), Website khbrodbeck, abgerufen am 29.6.2011
- ↑ Hayek: Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Bd. 1 Regeln und Ordnung, Landsberg 1986, S. 34
- ↑ Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd 2, S. 131, zitiert nach Ptak, S. 52
- ↑ Wahrer und falscher Individualismus, S. 25, zitiert nach Ptak, S. 60
- ↑ Ptak, S. 33
- ↑ Sibylle Tönnis: die liberale Kritik des Liberalismus, in: Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, S. 183
- ↑ Die Ursachen der ständigen Gefährdung der Freiheit, in: Ordo, Bd. 12, 1961 S. 106
- ↑ Ptak, S. 63
- ↑ Die Ursachen der ständigen Gefährdung der Freiheit, in: Ordo, Bd. 12, 1961, S. 104 ff., als „markantes Zitat“ auf der Website der Hayek-Gesellschaft veröffentlicht
- ↑ Hayek: Die Verfassung der Freiheit, Freiburg 1991, S. 331, zitiert nach [Karl-Heinz Brodbeck: Die fragwürdigen Grundlagen des Neoliberalismus, 13. Oktober 2004, S.7 f.](#)
- ↑ Brodbeck: Grundlagen, Fußnote 31, S. 6
- ↑ Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2, Landsberg 1981, S. 98
- ↑ Ptak, S. 73

17. ↑ Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 1, München 1980
18. ↑ Interviewfilm „Inside the Hayek-Equation, World Research Inc., San Diego 1979, Übersetzung veröffentlicht auf der Website der Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 3. Juli 2011
19. ↑ Ptak, S. 234
20. ↑ Ptak, S. 234
21. ↑ “Friedrich von Hayek: Lider y Maestro de Liberalismo Economico”, in: El Mercurio, 12.04.1981, zitiert nach Thomas Biebricher: Die politische Theorie des Neoliberalismus, Berlin 2021, S. 112

Walter Eucken Institut

Das **Walter Eucken Institut** ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut mit einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung, das bis 2015 eng mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) verbunden war. Alle Mitglieder des Vorstands sind auch Mitglieder der [Mont Pelerin Society](#), des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerks. Die Mitglieder des Instituts waren bis in die 90er Jahre in einer Vielzahl wissenschaftlicher Beratungsgremien der Bundes- und Landesregierungen sowie sonstiger regierungsnaher Institutionen vertreten. Die Bedeutung des Instituts in der Politikberatung hat in den letzten Jahren abgenommen.

Beim Walter-Eucken-Institut ist das Netzwerk [NOUS](#) angesiedelt, in dem sich die 2015 ausgetretenen Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) organisiert haben. Der Leiter des Instituts, [Lars P. Feld](#), ist Co-Vorsitzender von [NOUS](#). Partner des Instituts ist das [Atlas Network](#), das weltweit neoliberale und libertäre Organisationen gründet, fördert und koordiniert.

Walter Eucken Institut

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	11. Januar 1954
Hauptsitz	Goethestr. 10, 79100 Freiburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	walter-eucken-institut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	7
2 Beurteilung der wirtschaftlichen Macht	8
3 Organisationsstruktur und Personal	9
3.1 Mitglieder des Vorstands	9
3.2 Kuratorium	9
4 Finanzen	10
5 Links	10
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
7 Einzelnachweise	11

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Walter Eucken Institut wurde vier Jahre nach dem Tod von Walter Eucken von Freunden und Schülern mit Unterstützung des damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard am 11. Januar 1954 in der Rechtsform eines Vereins in Freiburg gegründet. Der radikal-neoliberale Ökonom [Friedrich August von Hayek](#) hat als

erstes Vorstandsmitglied und danach Ehrenpräsident die Ausrichtung des Instituts maßgeblich geprägt. Hayek lehnt sowohl Korrekturen der Marktergebnisse unter sozialen Gesichtspunkten als auch die Bekämpfung wirtschaftlicher Macht durch staatliche Maßnahmen grundsätzlich ab. In der [Imagebroschüre 2019](#) findet sich unter „Die Gründungszeit des Walter Eucken Instituts“ ein Interview mit Hayek, in dem dieser sich zum Begriff „sozial“ wie folgt äußert: „Klar ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist, ...soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit“.

Das Walter Eucken Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung.^[1] Zweck der Einrichtung sei es, diese Untersuchungen auf die praktische Umsetzung der Wettbewerbsordnung auszurichten und ordnungspolitisches Denken in die öffentliche Diskussion einzubringen. Es sollen Lösungswege für aktuelle tagespolitische Fragen sowie zur nachhaltigen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt werden. Zu den Veranstaltungen gehören Lehrveranstaltungen, die Walter Eucken-Vorlesung und die [Friedrich August von Hayek-Vorlesung](#), Workshops und Symposien, Vorträge und Diskussionen sowie das Walter Eucken Research Seminar.

Beurteilung der wirtschaftlichen Macht

Eucken hat sich vehement für eine machtmindernde Wirtschaftspolitik ausgesprochen: "Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen".^[2] Nach seiner Auffassung wird wirtschaftliche Machtkonzentration in politische Macht umgemünzt und der Staat wird "von der Wirtschaft gefesselt".^[3] Nur die vollständige Konkurrenz auf dem Markt könne Machtkonzentrationen verhindern und dadurch die Freiheit garantieren. Diese Idee hält die Eucken-Gesellschaft unter dem Einfluss von F.A. von Hayek für realitätsfern. Der Frankfurter Publizist und Eucken-Enkel Walter Oswald meint, die Freiburger Schule habe sich nach Euckens Tod nicht weiterentwickelt. Die zentrale Kritik Euckens an der ökonomischen Macht sei vielmehr bei denen, die sich mit Eucken befassten, ganz aus dem Blickfeld getreten.^[4] Oswald aktualisiert die Vorstellungen von Eucken zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Macht in dem von ihm herausgegebenen Buch "Walter Eucken Ordnungspolitik" (Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Münster 1999). Eine kritische Würdigung Euckens in der Süddeutschen Zeitung vom 24. Juni 2016 durch [Peter Bofinger](#), ehem. Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), kann [hier](#) abgerufen werden.

Das Walter Eucken Institut lässt keine Distanz zur wirtschaftlichen Macht erkennen. Vielmehr entsprechen seine Argumentationsmuster weitgehend denen der großen Wirtschaftsverbände, mit denen es auch personell verflochten ist. So ist [Karen Horn](#), langjährige Berliner Büroleiterin des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Think-Tank und PR-Agentur von BDI, BDA und deren Mitgliedsunternehmen fungiert, Mitglied des Kuratoriums des Walter Eucken Instituts. Eine Tochtergesellschaft des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), die 2005 gemeinsam mit der Financial Times Deutschland unter dem Motto "Die Klassiker Kompakt" eine gekürzte Fassung Walter Euckens "Grundlagen der Nationalökonomie" herausgegeben hat. Das von Oswald geleitete [Walter Eucken Archiv](#) hat gegen diese Broschüre beim Landgericht Frankfurt eine einstweilige Anordnung erwirkt mit der Begründung, es handle sich um eine "verfälschende Kurzfassung", die sich in einer "Grauzone zwischen Journalismus, Werbung und Lobbypolitik" bewege, denn auch die INSM sei an der Herausgabe beteiligt.^[5] Partner des Walter Eucken Institut ist das [Atlas Network](#), das von [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und den Stiftungen der US-Milliardäre Gebrüder Koch gesponsert wird.

Im Gegensatz zu Eucken, der zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht als zentralem Problem einer Gesellschaft sogar die Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen für geboten hält, sieht [Lars P. Feld](#), der Leiter des Walter Eucken Instituts, auf diesem Gebiet keinen Handlungsbedarf. Der deutsche Staat verteile so stark Einkommen um wie kaum ein anderes Land und die Behauptung, dass mächtige wirtschaftliche Interessengruppen einen größeren und für die Massen schädlicheren Einfluss hätten als linke Protestgruppen und Bürgerforen, sei schlicht falsch.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Die Leitung des Instituts ist seit 2001 mit dem damals geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik verknüpft.^[7] Das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Institut wird von einem Verein getragen, zu dessen Gremien das Kuratorium gehört. Wegen der Verbindung von Lehrstuhl und Institut kann das Kuratorium die Besetzung der Institutsleitung und die des Lehrstuhls beeinflussen.

Mitglieder des Vorstands

- [Lars P. Feld](#) (Direktor), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg
 - (2011-2021) [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR): Mitglied
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#): Präsidiumsmitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzender
 - [ECONWATCH](#): Kuratoriumsmitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Mitglied
 - „Kronberger Kreis“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#): Sprecher
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- Viktor Vanberg (Senior Research Associate), emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, bis August 2010 Leiter des Instituts
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied

Kuratorium

- Gerhard Kempter (Vorsitzender), Geschäftsführer der Kempter Financial Management GmbH, Freiburg, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volksbank Freiburg, ehemaliges Vorstandsmitglied des Verbandes unabhängiger Vermögensberater (VuV)
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), ehemalige Leiterin des Hauptstadtbüros des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzende
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Stellv. Vorstandsvorsitzende
 - [Herbert-Giersch-Stiftung](#): Mitglied des Vorstands

- **Friedrich-Naumann-Stiftung**: Vertrauensdozentin
- **Mont Pelerin Society**: Mitglied
- (bis 7/2015) **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft**: Vorsitzende des Vorstands
- Susanne Hübschmann, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- Wolfgang Kerber, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Marburg, ehem. Leiter des Walter Eucken Institut
- Kerstin Kriegelstein, Rektorin der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Günter Knieps, ehem. Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften und Regionalpolitik an der Universität Freiburg
- **Christoph Schaltegger**, Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern
 - **European Public Choice Society**: Mitglied des Vorstands
 - **Economiesuisse** (Dachverband der Schweizer Wirtschaft): ehemaliger Leiter des Bereichs Finanz- und Steuerpolitik sowie Mitglied der Geschäftsleitung
- Burkhard Knosp, Vorstandsvorsitzender der Testo AG

Finanzen

Das Land Baden-Württemberg als finanzieller Träger des Instituts hat 2001 beschlossen, nicht nur den Institutsetat aufzustocken, sondern darüber hinaus eine C 3- Professur für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Ordnungspolitik einzurichten.^[8] Der Lehrstuhlinhaber leitet auch das Institut.

Weitere finanzielle Mittel erhält das Institut über den 2007 gegründeten **Aktionskreis Freiburger Schule e.V.** Neben den Mitgliedern finden sich im Förderkreis auch Freunde, Förderer und Donatoren, die die Arbeit des Instituts finanziell unterstützen.^[9]

Vorsitzende des Förderkreises ist Margot Selz, Dr. Selz Immobiliengruppe. Auf der Website des Förderkreises werden die folgenden Donatoren, jeweils mit Sitz in Freiburg, benannt (Stand: Februar 2017):

- Daimler AG
- EKATO Holding GmbH
- Willy Kempter Beteiligungsgesellschaft
- KNF Neuberger GmbH
- Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau
- Volksbank Freiburg

Zu den auf der Website genannten Förderern gehört die Deutsche Bundesbank, an deren Präsidenten Jens Weidmann 2020 die Walter-Eucken-Medaille verliehen worden ist.^{[10][11]}

Links

Unter **Links international** werden u.a. genannt: **Mont Pelerin Society**, **Institute of Economic Affairs** sowie das **Acton Institute for the Study of Religion and Liberty** und die **Heritage Foundation**, die den Klimawandel leugnen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), eucken.de, abgerufen am 25.02.2017
2. ↑ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Auflage, Tübingen 1990, S. 334.
3. ↑ Jakob Augstein: Das umstrittene Erbe Walter Euckens, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994, S. 34
4. ↑ Augstein, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994
5. ↑ Interessenklassenkampf, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 2005, veröffentlicht auf der Website des Walter Eucken Archiv, abgerufen am 22. 12. 2011
6. ↑ [Lars P. Feld: Die Mär von der Postdemokratie](#), in: [Cicero](#), 26. Februar 2014, Webseite Cicero, abgerufen am 2. 5. 2014
7. ↑ [Uni Freiburg: Euckens Erben](#), Badische Zeitung vom 24. April 2009, Website der Badischen Zeitung, abgerufen am 27.02.2017
8. ↑ Jahresbericht 2001 des Instituts, S.3
9. ↑ Jahresbericht 2007 des Instituts, S. 54
10. ↑ [Fördermitglieder](#), eucken.de, abgerufen am 16.08.2021
11. ↑ [Verleihung der Walter-Eucken-Medaille an Jens Weidmann](#), eucken.de, abgerufen am 16.08.2021

Mont Pelerin Society

Die **Mont Pelerin Society** (MPS) ist ein weltweit aktives neoliberales Elitenetzwerk. In ihrer Selbstbeschreibung identifiziert die Gesellschaft neben dem Rückgang des politischen Liberalismus mehrere Hauptprobleme gegen die sie sich einsetzt: Die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, die Macht von Gewerkschaften und Monopolen sowie ständige Inflationsgefahr.^[1]

Mont Pelerin Society

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	10. April 1947
Hauptsitz	Genf
Lobbybüro	

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	12
2 Einfluss der Mitglieder	12
3 Einfluss der deutschen Mitglieder auf lobbyrelevante Organisationen	13
3.1 Vernetzung der Mitglieder	13
3.2 Erheblicher Einfluss der Mitglieder	16
4 Internationale Vernetzung	17

5 Organisationsstruktur und Personal	17
5.1 Board of Directors	17
5.2 Frühere Präsidenten	18
5.3 Mitglieder	18
6 Finanzierung	18
7 Einzelnachweise	18

Kurzdarstellung und Geschichte

Die MPS wurde am 10. April 1947 im Schweizer Dorf Mont Pelerin gegründet. Dort diskutierten auf Einladung [Friedrich August von Hayeks](#) 36 liberale Intellektuelle, darunter Karl Popper, [Walter Eucken](#) und Ludwig von Mises, über die Zukunft des Liberalismus und der Marktwirtschaft. Sie erörterten das Konzept des Neoliberalismus und einigten sich auf diesen Namen.

Die MPS, die als Verein in den USA (Illinois) eingetragen ist, entwickelte sich in der Folge zum bedeutendsten neoliberalen Netzwerk der Welt ca. 700 Mitgliedern (Stand 2012).^[2] In der MPS finden sich unterschiedliche neoliberale und neokonservative Positionen: Vertreter des Anarchokapitalismus, der Chicago Law School, der Chicago School of Economics, der Entwicklungstheorie, der Freiburger Schule, der Humankapitaltheorie, der Libertarians, der London School of Economics, der Österreichischen Schule für Nationalökonomie, der Public Choice School, der Transaktionskostentheorie und anderer Schulen oder Theorien.^[3] Geteilte Ziele sind der möglichst freie Markt, freies Unternehmertum, weniger Staatsausgaben (insbesondere im sozialen Bereich) sowie weniger Einfluss für die Gewerkschaften. Das Staatsverständnis reicht von der Forderung nach Abschaffung des Staates bis zur Billigung marktkonformer Staatseingriffe. Gegner ist alles, was sozialistisch bzw. kollektivistisch verstanden wird, worunter u. a. der Keynesianismus, Feminismus, ökologische und soziale Bewegungen sowie die Theologie der Befreiung fallen^[4] Einige Mitglieder gehören zu den Leugnern des Klimawandels und unterstützen klimaskeptische Organisationen.

Insbesondere auf den Treffen, die mindestens einmal jährlich stattfinden, werden Meinungen ausgetauscht, Konzepte erörtert, "Seilschaften" gepflegt und neoliberale Denkfabriken vernetzt.

Einfluss der Mitglieder

Mitglieder der MPS hatten einflussreiche Positionen inne. Nach eigenen Angaben sind einige sogar Präsidenten oder Regierungschefs geworden, darunter Ludwig Erhard (Deutschland), Luigi Einaudi (Italien), Mart Laar (Estland), Ranil Wickremasinghe (Sri Lanka) und Vaclav Klaus (Tschechische Republik).^[2] Minister waren z.B. Sir Geoffrey Howe (britischer Schatzkanzler und Außenminister), Antonio Martino (italienischer Außen- und Verteidigungsminister), Ruth Richardson (neuseeländische Finanzministerin) und George Shultz (US-amerikanischer Arbeits-, Finanz- und Außenminister).

Eines der Mitglieder mit großem politischen Einfluss in Deutschland ist [Lars P. Feld](#), Leiter des marktradikalen [Walter Eucken Institut](#). Er ist u.a. Vorsitzender des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#).

Einfluss der deutschen Mitglieder auf lobbyrelevante Organisationen

Vernetzung der Mitglieder

Die Mont Pelerin Society veröffentlicht auf ihrer Webseite kein Verzeichnis ihrer Mitglieder. Ein Verzeichnis der Mitglieder im Jahre 2010 findet sich auf DeSmogBlog^[5] Von den dort aufgeführten deutschen Mitglieder sind verstorben: Roland Baader, Ernst Heuss, Erich Hoppmann, Hermann May, Otto von Habsburg und Hans Willgerodt. Nach allgemein zugänglichen Informationen sind seit 2010 neu hinzugekommen: Peter Jungen^[6], Marc Oliver Hartwich^[7] und Jan Schnellenbach^[8] (diese Ergänzung ist möglicherweise nicht vollständig). Danach gab es 2015 die folgenden deutschen Mitglieder, deren Vernetzung mit lobbyrelevanten Organisationen angegeben ist:

- **Charles B. Blankart**
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - Institut für Unternehmerische Freiheit, Mitglied des Vorstands
 - Open Europe Berlin, Mitglied des Kuratoriums
 - European Center for Public Choice, Mitglied des Vorstands
 - Institut Constant de Rebecque und Liberales Institut Zürich Mitglied des Akademischen Beirats
 - Die Familienunternehmer - ASU Mitglied des Strategischen Beirats
- Alfred Bosch, ehem. Geschäftsführer Walter Eucken Institut
- **Hardy Bouillon**
 - Public Partners, Inhaber
 - New Direction, Stellv. Direktor
 - Die Familienunternehmer - ASU, Mitglied des Strategischen Beirats
 - Institut für Unternehmerische Freiheit, Mitglied des Beirats
 - Liberales Institut Zürich, Mitglied des Beirats
 - Hayek Institut Wien, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Auswahlausschusses
- Meinolf Dierkes, ehem. Präsident Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- Barbara Dluhosch, Professorin an der Helmut Schmidt Universität, Mitglied der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft
- **Detmar Doering**
 - Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Leiter
 - Liberales Institut Zürich, Mitglied des Akademischen Beirats
 - Die Familienunternehmer - ASU, Mitglied des Strategischen Beirats
 - Institut für Unternehmerische Freiheit, Mitglied des Beirats
 - John Stuart Mill Institut, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- **Lars P. Feld**
 - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Vorsitzender
 - Walter Eucken Institut, Leiter
 - Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher "Kronberger Kreis"
 - Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - ECONWATCH, Mitglied des Kuratoriums
 - Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Mitglied des Beirats
 - Wirtschaftsrat der CDU, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats

- [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied
- [European Public Choice Society](#), ehem. Präsident
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Mitglied
- Wolfram Fischer, emeritierter Professor an der Freien Universität Berlin
- [Gerd Habermann](#)
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Vorstandsvorsitzender
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- Walter Hamm, ehem. Mitglied "Kronberger Kreis" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- [Marc Oliver Hartwich](#)
 - [New Zealand Initiative](#), Direktor
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Fellow "Research Team"
 - [Atlas Network](#), Mitarbeiter^[9]
- Uwe Johannes, ehem. leitender Mitarbeiter der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- [Karen Horn](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Vorstands
 - [Walter Eucken Institut](#), Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Mitglied des Vorstands
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [John Stuart Mill Institut](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Council on Public Policy](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Vertrauensdozentin
- [Peter Jungen](#)
 - [Peter Jungen Holding GmbH](#), Geschäftsführer
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des Kuratoriums
 - Europäische Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP), Präsident
 - [European Enterprise Institute](#), Gründungspräsident
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - [MENA-OECD Enterprise Financing Network](#), Mitglied
- Hartmut Kliemt, Professor für Philosophie und Ökonomik an der Frankfurt School of Finance and Management und bis 7/2015 Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Burkhard Koch](#)
 - [IQ International Consulting](#), Geschäftsführer
 - [German American Business Association \(GABA\)](#), Co-Chair Clean Tech Industry Group
- [Hanns Otto Lenel](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- [Wernhard Moeschel](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Vorstands
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), ehem. Mitglied "Kronberger Kreis"
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ehem. Stiftungsrat
- [H. G. Monissen](#), emeritierter Professor für Volkswirtschaft

- Isabel Muehlfehl
 - ehem. Wirtschaftsjournalistin beim Bayerischen Rundfunk
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- **Wolfgang Mueller**
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#), Generalsekretär
- Markus Rothkopf
- **Holger Schmieding**, Chef-Volkswirt der **Berenberg Bank**
- **Jan Schnellenbach**
 - Professor für VWL an der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
 - [Walter Eucken Institut](#), Affiliated Fellow
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Mitglied
- **Joachim Starbatty**
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats und ehem. Vorsitzender
 - **Open Europe Berlin**, Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
 - [Alternative für Deutschland](#), Europaabgeordneter und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- **Manfred E. Streit**
 - Max Planck Institut Ökonomik in Jena, Professor Emeritus
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- **Roland Tichy**
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Vorsitzender des Vorstands
 - [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehemaliges Vorstandmitglied
- Ulrich Van Lith, Leiter des Rhein-Ruhr-Instituts für Wirtschaftspolitik
- **Viktor Vanberg**
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ehem. Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [European Internet Forum](#), Mitglied
- **Roland Vaubel**
 - [Alternative für Deutschland](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Institute of Economic Affairs](#), Mitglied des Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- **Christian Watrin**
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Institut für Wirtschaftspolitik](#), ehem. Direktor
- **Christoph Watrin**, Direktor des Institut für Unternehmensrechnung und -besteuerung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
- **Erich Weede**
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Gründungsmitglied
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats

- [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- Patrick Welter, Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
- Ekkehard Wenger, Professor für Bank- und Kreditwirtschaft an der Universität Würzburg
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Open Europe Berlin](#), Direktor
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Stellv. Vorsitzender des Vorstands
 - [Jenaer Allianz](#), Sprecher
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats
- Artur Woll, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre
- Michael Zöller
 - [Council on Public Policy](#), Vorsitzender
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
 - John Stuart Mill Institut, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Walter-Raymond-Stiftung](#) der Arbeitgeber, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats

Erheblicher Einfluss der Mitglieder

Es ist davon auszugehen, dass Mitglieder einen erheblichen Einfluss auf lobbyrelevante Organisationen (Denkfabriken, Stiftungen, Verbände, Beratungsgremien) haben, wenn sie Leiter einer Organisation sind oder mindestens drei Mitglieder in Gremien einer Organisation (Vorstand, Präsidium, Kuratorium, Stiftungsrat, Beirat) vertreten sind. Nach dieser Definition verfügten im Herbst 2015 Mitglieder der Mont Pelerin Society in folgenden Organisationen über einen erheblichen Einfluss:

- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)/[Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Liberales Institut](#) der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- John Stuart Mill Institut
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Open Europe Berlin](#) (Partner: [Atlas Network](#))

Internationale Vernetzung

Nach Angaben von DeSmogBlog hatte die MPS im Jahr 2010 fast 500 Mitglieder aus 52 Ländern mit dem Schwerpunkt USA und Großbritannien.^[10] 2012 war die Mitgliederzahl auf 699 gestiegen.^[2] Zu den einflussreichsten Mitgliedern gehört [Charles G. Koch](#), der US-Milliardär, der gemeinsam mit seinem Bruder David Millionen Dollar an Denkfabriken spendet, die den Umweltschutz bekämpfen und den Klimawandel leugnen. Ein Großteil der Mitglieder ist in Denkfabriken aktiv, bei denen es sich in Wirklichkeit vielfach schlicht um finanzstarke Lobby-Gruppen handelt. Eine davon ist die [Heritage Foundation](#) in Washington, die für niedrige Steuern kämpft, eine andere das von [Charles G. Koch](#) gegründete [Cato Institute](#), das sich im Auftrag seiner Finanziers gegen jedwede Form von Klima-Politik einsetzt.^[11] Weitere Mitglieder sind führende Repräsentanten der folgenden Organisationen:

- [Acton Institute](#)
- [Reason Foundation](#)
- [American Enterprise Institute](#)
- [Wall Street Journal](#)
- [Adam Smith Institute](#)
- [CIVITAS](#)
- [Institute of Economic Affairs](#)
- [Atlas Network](#) (frühere Bezeichnung: Atlas Economic Research Foundation)

Organisationsstruktur und Personal

Die MPS ist eine lose assoziierte Vereinigung von einflussreichen Personen ähnlicher ideologischer Ausrichtung, in der sämtliche Ämter ehrenamtlich ausgeführt werden. Sie verfügt über keine eigenen Büros oder Angestellte. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf die Veranstaltung von Seminaren und Kolloquien. Die Kontaktadresse lautet: The Mont Pelerin Society, c/o Probasco Distinguished Chair of Free Enterprise, The University of Tennessee at Chattanooga, 313 Fletcher Hall, Dept. 6106, 615 McCallie Avenue, Chattanooga.

Für eine Mitgliedschaft müssen die folgenden Bedingungen erfüllt sein: Empfehlung durch zwei Mitglieder, Abgabe eines Lebenslaufs, Erläuterung der Gründe für eine Mitgliedschaft, Teilnahme an mindestens einer Veranstaltung der Gesellschaft.^[12] Die Entscheidung über die Mitgliedschaft trifft der Vorstand („Board of Directors“).

Board of Directors

Das Leitungsgremium ist der "Board of Directors", der sich im Zeitraum 2018- 2020 wie folgt zusammensetzt:^[13]

- Präsident: John B. Taylor, ehemaliger Staatssekretär für auswärtiges im US-Finanzministerium, Stanford Professor und Senior Fellow des markliberalen Think-tanks Hoover Institution^[14]
- Vizepräsident: Peter J. Boettke, USA, Professor für Volkswirtschaft und Philosophie an der George Mason University und Direktor des F.A. Hayek Program for Advanced Study
- Generalsekretär: Eamonn Butler, Großbritannien
- Schatzmeister: J.R. Clark, USA
- Direktoren: Jeff Bennett, Nicolas Cachanosky, Gabriel Calzada, Inchul Kim, Dominique Lazanski, Benjamin Powell, Ruth Richardson und Pedro Schwartz Giron

Frühere Präsidenten

Die früheren Präsidenten sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören die Deutschen Friedrich Lutz (1964-67), Günter Schmolders (1968-70), Herbert Giersch (1986-88) und Christian Watrin (2000-02)

Mitglieder

Die von Wikipedia erfassten Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der dort genannten Mitglieder - einige sogar seit Jahrzehnten - verstorben sind.

Finanzierung

Der Jahresbeitrag für aktive Mitglieder beträgt 100 \$.^[15] Die Gesellschaft wird außerdem von Stiftungen, Unternehmen und Personen finanziell unterstützt. Zu den Stiftungen gehören bzw. gehörten u.a.^[2]: William Volker Fund (bis 1965 aktiv), Reim Foundation, Earhart Foundation, Lilly Endowment, Roe Foundation, John M Olin Foundation, Scaife Family Charitable Trust, Pierre and Edith Goodrich Foundation und Garvey Foundation.

Einzelnachweise

- ↑ [About the Montpelerin Society](#) , [Montpelerin.org](#), aufgerufen am 29.04.2020.
- ↑ ^{2,02,12,22,3} [A SHORT HISTORY OF THE MONT PELERIN SOCIETY](#), [montpelerin.org](#), abgerufen am 26.04.2020
- ↑ Bernhard Walpen: Mont Pèlerin Society, in: ABC zum Neoliberalismus, Hrsg. H.-J. Urban, Hamburg 2006, S. 159
- ↑ Walpen, Mont Pelerin Society, S. 159
- ↑ [MONT PELERIN SOCIETY DIRECTORY -2010](#), Webseite abgerufen am 26.04. 2020
- ↑ [Profil unter Experts bei Institute for New Economic Thinkings](#), abgerufen am 26.04.2020
- ↑ [About me, Homepage](#), abgerufen am 26.04.2020
- ↑ [Homepage](#), abgerufen am 26.04.2020
- ↑ [Our People](#), Webseite Atlas Network, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ [Graham Readfearn Exclusive: Mont Pelerin Society Revealed As Home To Leading Pushers of Climate Change Denial](#), [DeSmogBlog](#) vom 14. Januar 2014, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ [Kapitalismus in der Krise Erinnerungen an alten Glanz](#), [Süddeutsche Zeitung](#) vom 24. November 2008, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ [Frequently Asked Questions](#), [montpelerin.org](#), abgerufen am 26.04.2020
- ↑ ["Board of Directors,"](#) [Montpelerin.org](#), aufgerufen am 02.05.2020
- ↑ [Hoover institution, Biography of John B. Taylor](#), [hoover.org](#), aufgerufen am 26.04.2020
- ↑ [Frequently Asked Questions](#), [montpelerin.org](#), abgerufen am 26.04.2020

FDP

Freie Demokratische Partei

Freie Demokratische Partei

Parteivorsitzende/r
GeneralsekretärIn
Hauptsitz
Mitglieder
Webadresse

Christian Lindner
Bijan Djir-Sarai
Thomas-Dehler-Haus,
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
ca. 77.276 (Stand: 2021)^[1]
<http://www.fdp.de>

Inhaltsverzeichnis	
1 Positionen	19
1.1 EU-Lieferkettengesetz 2024	19
1.2 Bundestagswahl 2021	20
1.3 Beschluss "Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen", 2019	20
1.4 Bundestagswahl 2017	21
1.5 Bundestagswahl 2013	21
1.6 Bundestagswahl 2009	22
2 Finanzierung	22
2.1 Top-Spender	22
2.2 Gesamteinnahmen	23
2.3 Ermittlung wegen Finanzierung des Wahlkampfs 2013	24
2.4 Sponsoring	25
3 Immobilienholding Reinhardtstraßenhöfe GmbH & Co. KG	25
4 Vorfeldorganisationen	25
4.1 Wirtschaftsforum	25
4.2 Bundesverband Liberaler Mittelstand	25
4.3 Liberale Immobilienrunde	26
4.4 Gesprächskreis Liberaler Banker	26
5 Seitenwechsler	26
6 Weiterführende Informationen	27
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
8 Einzelnachweise	27

Positionen

EU-Lieferkettengesetz 2024

Am 08.02.2024 sollte der Rat der EU über das seit 2 Jahren verhandelte EU-Lieferkettengesetz (Corporate Sustainability Due Diliigence Directive - CSDDD) abstimmen.

Die Abstimmung wurde vertagt, da aufgrund der Enthaltung der Bundesrepublik Deutschland eine qualifizierte Mehrheit, die 65% der EU-Bürger:innen repräsentieren muss, nicht sicher war. Der federführende Bundesminister für Arbeit und Soziales Heil (SPD) musste sich enthalten, da die FDP, die an den Verhandlungen vertreten durch Bundesjustizminister Buschmann (FDP) teilgenommen hatte, gegen das Gesetz votierte. Die Kompromissvorschläge von Arbeitsminister Heil, für Bürokratie-Abbau durch Erleichterungen in der Berichtspflicht zu sorgen, wurden nicht akzeptiert. ^[2] Dass Justizminister Buschmann seine EU-Justizminister-Kolleg:innen mittels eines Briefes zur Ablehnung des Gesetzes aufforderte, hatte in Brüssel für Aufsehen gesorgt. ^[3]

Für die überraschende Blockade des bereits ausverhandelten Kompromisses dankten BDI, BDA und Gesamtmetall der FDP. ^{[4][5][6][7]}

Andere Teile der Wirtschaft reagierten "mit Entsetzen" auf die Blockade der FDP ^[8] oder verteidigten den Entwurf des Gesetzes gegen Kritik: Es würden "nicht nur gemeinsame Werte gesichert, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Innovationen gefördert." ^[9]

Durch eine Studie von [Inverto](#), einem auf Lieferketten spezialisierten Tochterunternehmen der Boston Consulting Group, fand man heraus, dass sich bei deutschen sowie französischen Firmen mit mindestens 500 Beschäftigten über drei Viertel der 600 befragten Geschäftsführer, Managerinnen und Vorstände „gut aufgestellt“ fühlen, um die EU-Richtlinie umzusetzen. 78 Prozent der Firmen hält die Anforderungen für „realisierbar“ und rechnet nur mit „leichten bis moderaten“ Kostensteigerungen. ^[10]

Bundestagswahl 2021

Die FDP wird mit einem Stimmenanteil von 11,5% der Zweitstimmen Teil der Ampelkoalition mit SPD (25,7%) und Grünen (14,8%). ^[11]

Die FDP stellt vier Bundesminister: Christian Lindner (Bundesminister der Finanzen), Marco Buschmann (Bundesminister der Justiz), Volker Wissing (Bundesminister für Digitales und Verkehr), Bettina Stark-Watzinger (Bundesministerin für Bildung und Forschung).

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 finden sich keine Forderungen bezüglich Lobbyismus und Transparenz. Mit den Parteien SPD und Grüne hat sich die FDP aber im Rahmen des Koalitionsvertrages für mehr Transparenz ausgesprochen, so wurde etwa die Einführung einer **legislativen Fußspur** vereinbart. ^[12]

Beschluss "Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen", 2019

Im November 2019 hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Beschluss mit dem Titel "[Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen](#)" veröffentlicht, welcher eine veränderte Position in Bezug auf Lobbykontrolle und -transparenz offenbart. In dem Beschluss fordert die Bundestagsfraktion die Einführung eines Lobbyregisters. Sie will dies durch eine Weiterentwicklung der seit 1972 beim Bundestagspräsidenten geführten [Verbändeliste](#) umsetzen. In diese ist eine Eintragung freiwillig, sie enthält kaum relevante Informationen zu den Akteuren und erfasst nur einen Teil der Lobbyakteure. Unternehmen und Lobbydienstleister, wie Agenturen und Kanzleien, werden nicht erfasst. Diese Mängel an der Verbändeliste will die FDP beheben und "wirksame Sanktionen" einführen die "keinen Raum für Umgehungspraktiken bieten".

Die Verbändeliste ist allerdings lediglich in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert. Das bedeutet, dass bei einer einfachen Weiterentwicklung der Liste weiterhin keine Lobbyaktivitäten erfasst werden würden, welche sich direkt an die Regierung richten. Ebenfalls nicht erfasst würde Lobbyismus, welcher keinen direkten Einfluss auf Gesetze und Verordnungen nimmt.^[13]

Bundestagswahl 2017

Die FDP hat in der Vergangenheit mehr Lobbykontrolle und -transparenz meist abgelehnt.^[14] Als traditionell unternehmerfreundliche Partei wurde sie in den letzten Jahren immer wieder mit dem Vorwurf der Klientelpolitik konfrontiert. Die Mövenpick- Parteispendenaffäre trug mit dazu bei, dass die FDP den Einzug in den Bundestag 2013 verpasste. Auch gab es fragwürdige finanzielle Verflechtungen mit der Glücksspiel-Lobby (Gauselmann).

Aus ihren Affären und Skandalen hat die FDP offenbar wenig gelernt: Im Wahlprogramm gibt es zwar den Abschnitt „Modernisierung unserer Demokratie“. Doch Lobbytransparenz und -kontrolle oder strengere Regeln bei der Parteienfinanzierung gehören für die FDP offenbar nicht zu einer modernen Demokratie. Im Wahlprogramm findet sich zur Lobbyismus-Problematik jedenfalls keine einzige Aussage zu diesem Themenkomplex.^[15] So muss man den Eindruck gewinnen, dass die FDP ihre Position von 2013 gegen ein Lobbyregister und gegen eine Begrenzung von Großspenden an Parteien auch heute noch aufrecht erhält. Der Parteivorsitzende Christian Lindner bestätigte diese Einschätzung kürzlich, als er gegenüber Abgeordnetenwatch.de verkündete, die bestehenden Regelungen zur Lobbytransparenz seien ausreichend.

Dazu passt, dass die FDP aus der außerparlamentarischen Opposition in den letzten vier Jahren keine Vorstöße für mehr Transparenz unternommen hat. Bei manchen Konzernen und Superreichen scheint das gut anzukommen: Die FDP erhielt in 2017 schon in den ersten sieben Monaten mehr Großspenden von jeweils über 50.000 Euro als im ganzen letzten Bundestagswahljahr 2013, nämlich über 1,5 Millionen Euro.

Bundestagswahl 2013

Die FDP äußert sich in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) („Bürgerprogramm“) nur zum Punkt der Korruptionsbekämpfung: „Wir setzen uns ein für eine verfassungskonforme Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption.“ (S. 90) Ansonsten finden sich keine Aussagen zum Thema Transparenz und Lobbyismus.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[16]

Die FDP hält die meisten Vorschläge für mehr Transparenz und Schranken für Lobbyisten demnach für unnötig oder nicht praktikabel. In einigen Bereichen, wie der Parteienfinanzierung scheint die FDP Verbesserungen nicht vollständig ablehnend gegenüber zu stehen. Dies spiegelte sich aber in den vergangenen vier Jahren nicht in eigenen politischen Initiativen wider. Wir begrüßen die Forderung der FDP nach einem Sponsoringbericht. Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen vier Jahren unter dem Druck der Steinbrück-Debatte bewegt hat. Weitere Verbesserungen strebt die FDP, mit einer eventuellen Ausnahme bei den Redneragenturen, nicht an.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[17]

- Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften der FDP lautete:

Mit der FDP ist Transparenz über die Nebeneinkünfte von Abgeordneten nicht zu haben. Eine sehr weiche und eng gefasste Regelung von fliegenden Wechseln wird angestrebt. Zu den anderen Themen hält sie sich mit klaren Standpunkten zurück und will vor allem „Fragen prüfen“. D.h. es soll sich erstmal nichts ändern ^[18]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Finanzierung

Die FDP erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 52.108.286,17 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro. Davon kamen 28.882.699,96 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Top-Spender

Die 10 Topspender der FDP in den Jahren 2016-2020 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	1.170.001 €	Spenden von Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V., METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
R&W Industriebeteiligungen	606.310 €	
Lutz Helmig	340.000 €	
Hans-Peter Stihl	333.150 €	

FKH Beteiligungs SE	300.000 €	
DVAG (Firmengeflecht)	297.000 €	Spenden von Deutsche Vermögensberatung AG und Allfinanz Deutsche Vermögensberatung AG
Familie Quandt /Klatten (BMW)	280.002 €	Spenden von Susanne Klatten und Stefan Quandt
Verband der Chemischen Industrie (VCI)	256.000 €	
Alexander Mecking	241.200 €	
Familie Dommermuth (United Internet)	238.000 €	Spenden von Ralph Dommermuth, Judith Dommermuth und Ralph Dommermuth GmbH & Co. KG Beteiligungsges.

Weitere Spender der FDP sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der FDP** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	-	-	11,78	30,2	10,74	20,84	9,87	26,73	9,7	25,50
Mandatsträgerbeiträge	-	-	-	-	3,94	10,11	3,44	6,67	3,04	8,22	2,93	7,7
Spenden von natürlichen Personen	-	-	-	-	3,79	9,73	13,02	25,25	5,02	13,59	5,9	15,5
Spenden von juristischen Personen	-	-	-	-	1,68	4,3	6,62	12,83	1,31	3,55	2,09	5,5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	-	-	-	-	1,4	3,6	0,06	0,11	0,4	1,08	0,05	0,14
Aus sonstigem Vermögen	-	-	-	-	0,32	3,32	0,32	0,61	0,36	0,98	0,33	0,87
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	-	-	-	-	1,29	3,32	1,16	2,25	1,16	3,15	1,51	3,96

Staatliche Mittel	-	-	-	-	14,4	36,9	16,0	31,	15,6	42,4	15,4	40,5
					2	8	3	1	9	9	2	5
Sonstige	-	-	-	-	0,3	0,9	0,1	0,3	0,0	0,2	0,1	0,2
					6	2	8	4	8	2	1	8
Summe		-		-	39 Mio €	51,56 Mio €	36,93 Mio €	48,08 Mio €				

Art der Einnahmen /Jahr	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	9,0	25,3	7,8	20,2	6,8	25,2	6,4	25,	6,	23,	6,5	19,
	6	4	6	8	6	8	7	1	3	3	7	7
Mandatsträgerbeiträge	2,7	7,6	2,0	5,3	1,7	6,3	1,5	6,	1,8	6,	2,	8,3
	3	4	9	9	3	8	5	0	3	8	8	9
Spenden von natürlichen Personen	4,3	12,0	10,4	26,9	5,5	20,	5,2	20,	5,8	21,	7,	21,6
	0	3	5	7	4	4	8	5	4	7	2	1
Spenden von juristischen Personen	1,6	4,	4,6	11,9	1,9	7,0	1,8	7,	1,9	7,	3,	11,1
	8	7	2	3	1	3	8	3	7	3	7	0
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,2	0,6	0,	0,2	0,0	0,2	0,06	0,2	0,0	0,	0,1	0,4
	3	4	1	5	7	7	5	5	7	3	5	4
Aus sonstigem Vermögen	1,2	3,5	0,	1,0	0,3	1,4	0,42	1,	0,4	1,	0,4	1,3
	6	1	4	2	8	1	3	6	8	8	6	8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	1,3	3,8	1,3	3,	1,2	4,6	1,1	4,	1,	4,	1,8	5,4
	6	1	6	5	6	3	6	5	2	5	1	2
Staatliche Mittel	15,0	42,1	11,7	30,3	11,7	33,9	8,8	34,	9,2	34,	10,	31,5
	6	2	5	2	5	1	6	4	0	1	5	3
Sonstige	0,0	0,2	0,1	0,3	0,1	0,6	0,1	0,4	0,09	0,	0,1	0,4
	7	1	3	3	9	9	1	3	6	4	4	2
Summe	35,76 Mio €	38,74 Mio €	27,15 Mio €	25,8 Mio €	26,961 Mio €	33,3 Mio €						

Quellen: ^[19]

Ermittlung wegen Finanzierung des Wahlkampfs 2013

Seit Sommer 2016 ermittelt die Bundestagsverwaltung, ob die Partei Teile des Wahlkampfs 2013 mit Steuermitteln finanziert hatte, die für die Arbeit der Bundestagsfraktion bestimmt waren: dazu gehörten ein aufwendiger Werbefilm mit dem Titel „Freiheit bewegt“ und Werbebriefe an mehr als drei Millionen Haushalte. ^[20]

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener FDP-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos der dort ausgestellten Sponsorentafeln bestimmen.

- [Sponsoren des 60. Bundesparteitags der FDP](#), 15.-17.05.2009
- [Sponsoren des 68. Bundesparteitags der FDP](#), 28.-30.04.2017
- [Sponsoren des 70. Bundesparteitags der FDP](#), 26.-28.04.2019
- [Sponsoren des 73. Bundesparteitags der FDP](#), 23.- 24. 04.2022

Immobilienholding Reinhardtstraßenhöfe GmbH & Co. KG

Die Reinhardtstraßenhöfe GmbH & Co. KG mit Sitz in Bonn ist laut Spiegel unter anderem Eigentümerin der FDP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin (Reinhardtstr. 14) und der früheren FDP-Zentrale in Bonn.^[21] Die FDP hält nach eigenen Angaben 46,2 % der Kommanditeinlagen.^[22] Die restlichen Anteile werden laut Eintrag beim Handelsregister Bonn (Abruf: 31.05.2022) von mehreren Einzelpersonen gehalten, darunter Mitgliedern der Familie von Manteuffel. Persönlich haftende Gesellschafterin der Immobilienholding ist die Reinhardtstraßenhöfe Verwaltungs GmbH, an der die FDP nach eigenen Angaben mit 33 % beteiligt ist. Geschäftsführerin der GmbH ist Johanna Caroline Baronin von Manteuffel.

Mieter der [Reinhardtstrassen-Höfe](#) sind neben der FDP-Bundesgeschäftsstelle u.a. die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) sowie einige Verbände.

Vorfeldorganisationen

Wirtschaftsforum

Im Januar 2016 haben führende Repräsentanten der Wirtschaft sowie einige wirtschaftsnahe Professoren das [Wirtschaftsforum der FDP](#) gegründet. Zu den Mitgliedern zählen hohe Funktionsträger der einflussreichen Arbeitgeber-Lobbyorganisationen [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).

Bundesverband Liberaler Mittelstand

Der Verein „Liberaler Mittelstand e.V. - Bundesvereinigung“ ist laut [Satzung](#) ein Berufsverband mit Sitz in Berlin, Reinhardtstr 14, wo auch die Bundesgeschäftsstelle der FDP residiert. Der Verein hat die Aufgabe, die ideellen und wirtschaftlichen Interessen derjenigen in Gesellschaft und Politik zu vertreten, die unternehmerisch oder beruflich im Mittelstand tätig sind. Viele Vereinsmitglieder - insbesondere in Führungspositionen - sind FDP-Politiker oder FDP-Mitglieder. Parlamentarischer Ansprechpartner ist „in erster Linie die freiheitlich-liberale FDP“. ^[23] Der aktuelle Vorstand ist [hier](#) abrufbar. Stellv. Vorsitzender ist Axel Graf von Bülow, bis Juni 2018 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Freier Tankstellen. ^[24]

In den Geschäftsberichten der FDP wird über die Aktivitäten des Vereins unter „Liberales Vorfeld“ berichtet. Der Liberale Mittelstand ist im Bundesvorstand der FDP und im Bundesfachausschuss Wirtschaft der FDP (BFA Wirtschaft) regelmäßig vertreten. ^[25] So gehörte Axel Graf von Bülow (Stellv. Bundesvorsitzender des Liberalen Mittelstands) von April 2019 bis Mai 2021 dem Bundesvorstand der FDP an, Dorian Hartmuth

(Bundesvorsitzender des Liberalen Mittelstands) war ab 11/2020 Ständiger Gast des Bundesvorstands. Beide waren darüber hinaus Mitglieder im BFA Wirtschaft. In Zusammenarbeit mit dem BFA Wirtschaft hat der Verein mittelstandspolitische Anträge für den Bundesparteitag der FDP eingebracht. Mit dieser Praxis verschaffte die FDP einem Lobbyverband die Möglichkeit, einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik zu nehmen. Nach Angaben des FDP-Generalsekretärs Bijan Djr-Sarai ist diese Praxis inzwischen beendet worden.^[26] Vertreter des Liberalen Mittelstands seien nicht mehr Ständige Gäste im Bundesvorstand.^[27]

Laut Geschäftsbericht 2019-2021 der FDP arbeitet der Verein daran, ein breites Netzwerk mit den deutschen Wirtschaftsverbänden aufzubauen, um gemeinsam schlagkräftiger operieren zu können. Folgende Mitglieder seien bereits gewonnen worden: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, Bundesverband Automatenunternehmer. Mit dem Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft werde kooperiert. Derzeit fänden noch Anbahnungsgespräche mit drei weiteren Spitzenverbänden statt.

Quelle: ^[28]

Liberaler Immobilienrunde

Die FDP-nahe [Liberaler Immobilienrunde e.V.](#) mit Sitz in Berlin ist 2014 vom Gründungsvorstand Sebastian Körber (Immobilienmakler und -makler, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Bau und Wohnen“ der FDP), Jürgen Michael Schick (Vizepräsident des Immobilienverbands IVD) und Rainer Zitelmann (damals Geschäftsführer der Dr. ZitelmannPB. GmbH) initiiert worden.^{[29][30][31]} Zitelmann, der sich aus dem Immobiliengeschäft zurückgezogen hat, veranstaltet nunmehr Seminare zur Steuervermeidung, zu denen die Veranstaltung „So schützen Sie Ihr Vermögen mit einer Familienstiftung in Liechtenstein“ gehört.^[32] Er ist ein nicht mehr politisch aktives Mitglied der FDP, der sich dem rechten Flügel zurechnete.^[33] 2021, 2020 und 2019 spendete er jeweils 61.200 Euro an die FDP.^[34]

Laut [Satzung](#) verwirklicht der Verein seine Ziele mittels Durchführung von Gesprächskreisen mit Führungskräften, insbesondere der deutschen Immobilienwirtschaft und leistet einen Beitrag zum Dialog zwischen Politik und Wirtschaft. Vorsitzender seit 2018 ist Ernst Wilhelm, Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht, Wirtschaftsmediator Gesellschafter bei HKK Rechtsanwälte. Stellv. Vorsitzender ist Sebastian Czaja, Fraktionsvorsitzender der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, Stellv. Landesvorsitzender der FDP, seit 2016 Projektentwickler beton & rohrbau 2.0 GmbH, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Stellv. Vorsitzender ist außerdem Jacopo Mingazzini, Vorstand der THE GROUNDS Real Estate Development AG, bis 2020 Vorstand des Wohnungsprivatisierers ACCENTRO Real Estate AG, Vorstandsvorsitzender des Vereins zur Förderung von Wohneigentum in Berlin.

Gesprächskreis Liberaler Banker

Der 1993 in Frankfurt gegründete Gesprächskreis sieht sich als liberales Gesprächsforum für Banker und wird von der FDP Frankfurt getragen.^[35] Die Veranstaltungen finden in unregelmäßigen Zeitabständen statt.

Seitenwechsler

In der Tabelle [Seitenwechsler im Überblick](#) befinden sich mehrere FDP-Mitglieder, darunter [Dieter Posch](#), [Martin Biesel](#), [Anne Herkes](#) und [Christian Weber](#).

Weiterführende Informationen

- [Rechtswidrig: Auch bei der FDP sitzt ein Lobbyverband im Vorstand](#)
- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Mitgliederentwicklung der Parteien](#) bpb.de, abgerufen am 06.01.2023
2. ↑ [Heil-Lieferkettengesetz](#) tagesschau.de am 06.02.2024, abgerufen am 12.02.2024
3. ↑ [Deutschland in der EU](#) Tagesschau.de vom 08.02.2024, abgerufen am 10.02.2024
4. ↑ [Lieferkettengesetz-EU-Deutschland](#) tagesschau.de vom 01.02.2024, abgerufen am 12.02.2024
5. ↑ [Widerstand der Mitgliedsländer zeigt EU-Lieferkettenrichtlinie ist nicht akzeptabel](#) arbeitgeber.de vom 09.02.2024, abgerufen am 13.02.2024
6. ↑ [dank der FDP...](#) gesamtmittel.de vom 01.02.2024, abgerufen am 13.02.2024
7. ↑ [...das-drama-muss-jetzt-endlich-beendet-werden](#) gesamtmittel.de vom 09.02.2024, abgerufen am 13.02.2024
8. ↑ [... unser Appell an die Bundesregierung...](#) vaude.com vom 18.01.2024, abgerufen am 15.02.2024
9. ↑ [Die CSDDD ist eine Chance für die Wirtschaft](#) bnw-bund.de vom 30.01.2024, abgerufen am 15.02.2024
10. ↑ [Studie](#) inverto.com, abgerufen am 15.02.2024
11. ↑ [\[1\]](#), Der Bundeswahlleiter, endgültiges Ergebnis, abgerufen am 17.12.2021
12. ↑ [Koalitionsvertrag Mehr Fortschritt wagen](#) Bundesregierung.de, abgerufen am 13.12.2021.
13. ↑ [FDP fordert Lobbyregister - Altmaier mehr Demokratie](#), Webseite von LobbyControl vom 20.11.2019, abgerufen am 04.05.2020
14. ↑ [Siehe z.B.: Schwarz-Gelb weist europäische Forderungen nach mehr Transparenz zurück](#), Webseite von LobbyControl vom 12.07.2012, abgerufen am 30.04.2020
15. ↑ [Programm der FDP zur Bundestagswahl 2017, pdf \(1,8 MB\)](#), abgerufen am 30.04.2020
16. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020
17. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020
18. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020
19. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 05.05.2023
20. ↑ [In mehr als zehn Fällen: "Spiegel": FDP finanzierte Wahlkampf mit Steuergeldern](#), Merkur, 22. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 30.04.2020
21. ↑ [Investoren verklagen FDP](#), spiegel.de vom 03.09.2021, abgerufen am 31.05.2022
22. ↑ [Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2020](#), dserver.bundestagg.de, abgerufen am 31.05.2022

23. ↑ [Über uns](#), liberaler-mittelstand.com, abgerufen am 05.01.2022
24. ↑ [Axel Graf von Bülow in den Ruhestand verabschiedet](#), eft-service.de Sonderausgabe 06/2018, abgerufen am 31.05.2022
25. ↑ [Wenn Wirtschaftsvertreter im Vorstand mitreden](#), sueddeutsche.de vom 21.03.2021, abgerufen am 30.04.2022
26. ↑ [Markus Lanz vom 26. Mai 2022](#), zdf.de, abgerufen am 30.05.2022
27. ↑ [Nach unserer Kritik: Lobbyverband verlässt Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 02.06.2022, abgerufen am 12.06.2022
28. ↑ [Geschäftsbericht 2019-2021der FDP, Liberaler Mittelstand](#), fdp.de, abgerufen am 04.01.2022
29. ↑ [Rainer Zitelmann](#), flickr.com vom 27.04.2015, abgerufen am 20.04.2022
30. ↑ [Profil Sebastian Czaja](#), fdp-fraktion.berlin, abgerufen am 14.04.2022
31. ↑ [Profil](#), bayern.landtag.de, abgerufen am 14.04.2022
32. ↑ [Liechtensteinische Familienstiftung](#), rainer.zitelmann.de vom März 2023, abgerufen am 31.08.2023
33. ↑ [1994-1995](#), rainer.zitelmann.de, abgerufen am 31.08.2023
34. ↑ [Zitelmann](#), lobbypedia.de, abgerufen am 31.08.2023
35. ↑ [Vorfeldorganisationen](#), fdp-frankfurt.de, abgerufen am 20.04.2022

Alternative für Deutschland (AfD)

Die **Alternative für Deutschland (AfD)** wurde 2013 als eurokritische Partei gegründet. In ihrem Grundsatzprogramm aus dem Frühjahr 2016 schrieb die ursprünglich durch Kritik am Euro und an der Eurorettung geprägte Partei ihre Zuwendung zu deutlich rechtspopulistischeren Positionen fest. ^[2] In den Folgejahren wurde die AfD zum rechtsextremistischen Verdachtsfall. Seit 2021 bzw. 2023 wird sie in mehreren Bundesländern vom Verfassungsschutz als "erwiesen rechtsextrem" eingestuft.

Daneben fällt die AfD immer wieder durch undurchsichtige Finanzierung bzw. Wahlkampfhilfe in Millionenhöhe auf.

Zu den Forderungen des Grundsatzprogramms gehören - neben der weitreichenden Ablehnung des Islam - u. a. die Strafmündigkeit schon ab 12 Jahren, Sicherungsverwahrung statt Psychiatrie, weniger Erinnerung an den Nationalsozialismus, Rückkehr zum völkischen Abstammungsprinzip, kein Geld mehr für Klimaschutz, Atomausstieg rückgängig machen. ^{[3][4]}

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist das Programm überwiegend markoliberal ausgerichtet. Es wird möglichst viel Wettbewerb und eine möglichst geringe Staatsquote gefordert. Die Vermögen- und Erbschaftsteuer sollen abgeschafft werden. Der Mindestlohn wird befürwortet.

Der Klimawandel wird geleugnet, die Senkung von CO₂-Emissionen als Beschränkung der Freiheit qualifiziert (12.1), der Ausstieg aus der Atomkraft als sachlich nicht begründet und schädlich bezeichnet (12.6).

Alternative für Deutschland

Parteivorsitzende	Alice Weidel & Tino
/r	Chrupalla
GeneralsekretärIn	
Hauptsitz	Schillstraße 9, 10785 Berlin
Mitglieder	ca. 30.125 (Stand: 2021) ^[1]
Webadresse	www.alternative.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Russische Einflussnahme auf EU-Politik	29
2 Bundestagswahl 2021	29
3 Finanzierung	30
3.1 Parteispenden	30
3.2 Erbschaftspende	31
3.3 Kredite	31
3.4 Goldhandel	31
3.5 Verdeckte Wahlkampffinanzierung	32
3.6 Daten aus den Rechenschaftsberichten	33
4 Beziehungen zu anderen Organisationen	34
4.1 Die Familienunternehmer - ASU	34
4.2 Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	34
4.3 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	35
4.4 AfD-Mittelstandsforum	35
5 Weiterführende Informationen	35
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	35
7 Einzelnachweise	35

Russische Einflussnahme auf EU-Politik

Ende März 2024 wird den beiden AfD Spitzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron vorgeworfen prorussische Schmiergelder erhalten zu haben. Krah ist als EU-Parlamentarier, Bystron als Bundestagsabgeordneter tätig. Den Vorwürfen zu Folge haben die beiden AfD Politiker für Interviews die sie dem „Lobby-Netz“ „Voice of Europe“ ^[5] gegeben haben, Geld erhalten ^[6]. Besonders die Vorwürfe gegen Petr Bystron erhärteten sich. Er dementiert die Vorwürfe gegenüber der AfD-Spitze ^[7].

„Voice of Europe“ (VoE, übersetzt „Stimme Europas“) war ein Online-Portal aus Tschechien zur Verbreitung russischer Propaganda ^[8]. Die Website "VoE" ist seit dem 28. März 2024 offline.

Bundestagswahl 2021

Dem Programm der Bundestagswahl sind Forderungen zu entnehmen, um "Lobbyismus zu kontrollieren, die Transparenz der Nebentätigkeiten [von Angeordneten] herzustellen und die Arbeitsqualität des Parlaments zu sichern"^[9]

- Begrenzung der Amtszeit von Mandatsträger:innen auf höchstens vier Legislaturperioden
- Verschärfung der Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier:innen und zur Abgeordnetenbestechung
 - Abgeordnete sollen allein diejenige Tätigkeit, die sie schon vor dem Mandat ausgeübt haben, in "angemessenem Umfang"^[10] weiterführen dürfen
- Lobbyistengesetz "mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten"^[11]

Die AfD verweist in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 auf strenge Regeln, die sie selbst in § 19 Abs. 2 der Satzung der AfD ihren Mitgliedern setze.^[12] Tatsächlich ist die AfD selbst mehrfach wegen Spendenaffären aufgefallen.^{[13][14]} Zuletzt erhob die 2017 aus der Partei ausgetretene Mitgründerin und Parteivorsitzende Frauke Petry Vorwürfe gegen die Parteispitze und behauptete unter anderem, innerparteiliche Oppositionen seien nach Geldflüssen überwunden worden.^[15]

Finanzierung

Die AfD erhielt seit ihrer Gründung im Jahr 2013 insgesamt 5.588.567,1 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro. Davon kamen 192.415 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Parteispenden

Die 10 Topspender der AfD in den Jahren 2016-2020 waren Privatpersonen sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete der Partei. Bei letzteren handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe hierzu [Parteienfinanzierung](#)).

Ende Januar 2023 spendete der Bauunternehmer Hartmut Issmer 265.050 Euro an die Bundespartei der AfD.^[16]

Ein Großspender der AfD ist der Berliner Immobilienunternehmer Christian Krawinkel, welcher Anfang 2020 100.000 Euro an die AfD spendete. Laut Medienberichten forderte Krawinkel im April 2022 die Rückzahlung seiner Spende und reichte hierfür Klage auf Rückzahlung beim Erfurter Landgericht ein. Krawinkel begründete die Rückforderung mit der antidemokratischen Entwicklung der AfD seit dem Zeitpunkt seiner letzten Spende.^[17]

Laut Medienberichten spendete Max Otte (ehem. [CDU](#), ehem. Vorsitzender der Werte-Union) 30.000 Euro an die AfD. Davon gingen 10.000 Euro im Frühjahr 2020 an den AfD-Landesverband in NRW und weitere 20.000 Euro Anfang des Jahres 2021 an den AfD-Kreisverband im sächsischen Görlitz, wo der derzeitige AfD-Chef Tino Chrupalla damals den Vorsitz innehielt. Anfang 2022 wurde Otte von der AfD für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen - einen Zusammenhang zwischen den Spenden und seiner Nominierung durch die AfD wies Otte als einen „völlig ungerechtfertigten Vorwurf“ zurück.^[18] Zuletzt wurde Otte auf Antrag des CDU-Bundesvorstandes "wegen parteischädigenden Verhaltens" aus der CDU ausgeschlossen.^[19]

Zudem erhielt die AfD im Jahr 2017 sowie 2018 eine Großspende über jeweils 50.000 Euro von Mortimer von Zitzewitz, einem mutmaßlichen Ex-Waffenhändler aus Bangkok, der in den Siebziger Jahren mit seiner Firma internationale Waffengeschäfte für den Bundesnachrichtendienst getätigt haben soll. Die AfD erhielt auch weitere Zuwendungen aus dem Ausland, welche zum Teil aufgrund juristischer Bedenken später wieder zurück überwiesen wurden.^[20]

Zu den Spendern der AfD gehören u. a. Heinrich Weiss, Großaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der **SMS Group** sowie ehemaliger Präsident des **Bundesverband der Deutschen Industrie** (BDI), und Hans Wall, Gründer des Berliner Außenwerbers Wall AG.^[21] So spendete Hans Wall im Jahr 2014 15.000 Euro an die AfD. Nach Angaben von Weiss flossen auch Spenden von anderen Wirtschaftsführern - allerdings unterhalb der gesetzlichen Meldegrenze, sodass sie nicht namentlich im Rechenschaftsbericht erscheinen.

Darüber hinaus geriet die AfD mehrfach aufgrund von verdeckter Wahlkampffinanzierung in die Kritik.^{[22][23]} Im Zusammenhang damit stehen u.a. der **Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten** sowie die Goal AG. Näheres dazu findet sich im Abschnitt "Verdeckte Wahlkampffinanzierung".

Weitere Spender der AfD sind über unsere **Parteispenden-Datenbank** recherchierbar.

Erbschaftspende

Der verstorbene Ingenieur Reiner Strangfeld vermachte der AfD 2018 sein gesamtes Vermögen in Form von Gold, Silber, Immobilien und einem Porsche^[24] Im Rechenschaftsbericht 2018 wird das Erbe auf über 7 Millionen Euro geschätzt^[25]. Wie die NZZ berichtet könnte durch die steigende Goldpreisentwicklung sich das Vermögen verdoppelt haben^[26]. Das wäre die größte Parteispende in der Geschichte der Bundesrepublik. Die AfD erklärte bei ihrem Parteitag im Sommer 2023, dass die „Goldbestände für den Fall des künftigen Ausbleibens staatlicher Teilfinanzierungen unangetastet [bleiben sollen]“. ^[27] Nach Recherchen des Spiegels focht eine Angehörige den Erbschein an. Der Spiegel berichtet, dass der verstorbene Millionär schon lange vor seinem Tod an psychischen Problemen litt und so eventuell nicht mehr testierfähig war^[28].

Kredite

Bereits 2013 berichtete der Spiegel, der Hamburger Reeder Folkard Edler habe der AfD zwei Kredite über je 500.000 Euro gewährt.^[29] Auch im Jahr 2014 gab es Berichte über einen Kredit in Höhe von 640.000 Euro durch einen Berliner Unternehmer.^{[30][31]}

Im April 2014 gewährte zudem **Hans-Olaf Henkel**, damals stellvertretender AfD-Sprecher und Kandidat für die Europawahl, der AfD ein Darlehen mit Laufzeit bis 5/2015 über eine Million Euro zu 2 % Zinsen.^{[32][33]}

Goldhandel

In Deutschland hängt die staatliche Parteienfinanzierung vom Wahlerfolg einer Partei ab, darf dabei aber nicht höher liegen als die Summe der Einnahmen, die die Partei durch Beiträge, Spenden oder unternehmerische Tätigkeit erwirtschaftet. Die Einnahmen der AfD beliefen sich für das Jahr 2014 auf 2,5 Millionen Euro aus Mitgliederbeiträgen und eine halbe Millionen Euro aus Spenden. Gemessen an ihren Wahlerfolgen hätte die AfD 5 Millionen Euro staatliche Parteienfinanzierung erhalten können, aufgrund der gesetzlichen Deckelung standen ihr jedoch nur 3 Millionen zu. Um Anspruch auf weitere 2 Millionen Euro zu erhalten, begann die AfD einen Handel mit Gold, mit dem sie binnen eines Monats 2,1 Millionen Euro umsetzte, aber nur 21.000 Euro Erlös erwirtschaftete. Einkaufs- und Verkaufspreis des Goldes waren nahezu gleich.^[34]

Die Bundestagsverwaltung prüfte den Vorgang und befand, dass die Einnahmen aus Goldhandel formal als eine Einnahme im Sinne des Parteiengesetzes zu werten sei. Allerdings handelte es sich bei dem Goldhandel um ein reines "Umsatzgeschäft", bei dem die Ausgaben der AfD praktisch ebenso hoch waren wie die Einnahmen. Zusätzliche Aufmerksamkeit bekam der Vorgang in der Öffentlichkeit dadurch, dass die Satirepartei DIE PARTEI den Goldhandel der AfD durch einen "Geldhandel" parodierte. Im Bundestag machte sich daraufhin Kritik an der bis dahin existierenden Regelung des Parteiengesetzes breit.^[35]

Im Dezember 2015 beschloss der Bundestag eine Reform des Parteiengesetzes, die eine Aufblähung des Anspruchs auf staatliche Finanzierung durch Umsatzgeschäfte unterbindet. Nach § 19a Abs. 4 Satz 2 Parteiengesetz werden zur Berechnung des Finanzierungsanspruchs nunmehr die im Zusammenhang mit unternehmerischer Tätigkeit entstandenen Ausgaben von den Einnahmen abgezogen, Bemessungsgrundlage ist nur der verbleibende Überschuss.^[36] Die Maßnahme wurde in der Expertenanhörung von den geladenen Sachverständigen einhellig begrüßt.^[37]

Verdeckte Wahlkampffinanzierung

Seit März 2016 wurde die AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Schleswig-Holstein, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen sowie bei der Bundestagswahl 2017 durch den intransparenten [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) unterstützt. Mehrere Millionen von Haushalten erhielten Gratiszeitungen und Tausende von Großplakaten sowie Internet-Spots riefen im Namen des Vereins zur Wahl der AfD auf.^{[38][39]} Der genaue Wert der Wahlkampfmaßnahmen kann bis heute nicht genau beziffert werden, er beträgt schätzungsweise mindestens 10 Millionen Euro. Die Geldgeber sind bis heute unbekannt. Es besteht der Verdacht, dass es sich um illegale Parteispenden handelt, die über die Schweizer Firma [Goal AG](#) gelenkt wurden, um die gesetzliche Offenlegungspflicht für Großspenden an Parteien oder auch das Verbot der Parteifinanzierung aus dem Ausland zu umgehen. Auch einzelne Kandidaten der AfD, darunter Parteichef Jörg Meuthen, wurden durch gezielte Wahlkampfmaßnahmen der Goal AG unterstützt.^{[40][41]} Nachdem AfD-Funktionäre stets abstritten, von den Wahlkampfmaßnahmen gewusst zu haben und damit das Vorliegen einer Parteispende bestritten,^[42] wurde durch Recherchen von Correctiv und LobbyControl bekannt, dass zumindest einzelne Kandidaten und Spitzenfunktionäre wie Co-Parteichef Jörg Meuthen von der Unterstützung durch die Goal AG wussten und in Maßnahmen involviert waren.^[43] Für mehr Informationen siehe auch [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) sowie [Goal AG](#).

Daten aus den Rechenschaftsberichten

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	-	-	3,8 4	16,5 5	4,1 8	16,7 9	4,3 5	17,6 9	4,0 1	15,2 6
Mandatsträgerbeiträge	-	-	-	-	2,4 4	10,5 4	2,4 5	9,8 5	2, 6	10,5 9	2,0 1	7,6 6
Spenden von natürlichen Personen	-	-	-	-	3,8 7	16,6 8	6,4 6	25,9 3	4,6 6	18,9 6	6,3 8	24,2 9
Spenden von juristischen Personen	-	-	-	-	0, 1	0,4 5	0,1 8	0,7 1	0,0 4	0,1 5	0,1 2	0,4 5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	-	-	-	-	0,0 1	0,0 6	0,0 2	0,0 9	0,0 1	0,0 6	0,0 3	0,1 2
Aus sonstigem Vermögen	-	-	-	-	0,3 7	1,5 8	0,0 3	0, 1	0,0 5	0,1 8	0,0 1	0,0 4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	-	-	-	-	0,0 5	0,2 2	0,0 4	0,1 5	0,0 4	0,1 8	0, 1	0,4 1
Staatliche Mittel	-	-	-	-	10,4 1	44, 9	11,0 0	44,1 4	11, 8	4 8	10, 2	38,8 3
Sonstige	-	-	-	-	2,0 9	9,0 2	0,5 6	2,2 4	1,0 3	4,1 9	3, 4	12,9 4
Summe		-		-	23,19 Mio € 24,93 Mio € 24,58 Mio € 26,28 Mio €							

Art der Einnahmen/Jahr	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	3,6 6	12,8 7	2,9 9	16,2 9	2,3 2	14,8 5	2, 2	14, 9	2, 4	19, 0
Mandatsträgerbeiträge	1,4 4	5,0 5	0,6 6	3,6 1	0,3 7	2,3 7	0,1 7	1, 2	0,0 5	0, 4
Spenden von natürlichen Personen	5,1 3	18,0 0	6,5 8	35,8 7	5,8 1	37,2 2	4,5 4	30, 7	2, 0	15,9 9
Spenden von juristischen Personen	0,0 7	0,2 6	0,1 7	0,9 1	0,1 9	1,1 9	0,1 3	0, 9	0,0 5	0, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,1 1	0,3 8	0,2 1	1,1 5	0,5 5	3, 5	2, 4	16, 3	2,5 8	20, 6

Aus sonstigem Vermögen	0,0 1	0,0 5	0,0 0	0,0 1	0,0 0	0,8 1	0,00 3	0,0 2	0,00 3	0,0 2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,1 3	0,4 5	0,0 4	0,2 3	0,1 2	0,7 5	0,03 5	0,2 4	0, 4	0, 3
Staatliche Mittel	10,1 0	35,4 6	7,5 5	41,1 2	6,1 3	39,2 9	5,2 1	35, 2	5, 4	4 3
Sonstige	7,8 2	27,4 8	0,1 5	0,8 1	0,1 3	0,8 1	0,08 9	0, 6	0,01 9	0,1 5
Summe	28,47 Mio €		18,36 Mio €		15,61 Mio €		14,79 Mio €		12,6 Mio €	

Quellen: ^[44]

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mitgliedsbeiträge an die AfD im Jahr 2020 beliefen sich auf 4,348 Mio € und wurden auf 4,35 Mio € aufgerundet.

Beziehungen zu anderen Organisationen

Die Familienunternehmer - ASU

Der [Verband der Familienunternehmer](#) hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis. ^[45] Mitglieder und Repräsentanten des Verbands hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die Treffen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt. ^[46] Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen". ^[47] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 lud der Verband den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke ein, eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren. ^[48] 2017 distanzierte sich Verbandspräsident Lutz Goebel hingegen deutlich von der AfD: „Das neue AfD-Spitzenduo will mit einem vermeintlich wirtschaftsliberalen Gesicht im Bundestagswahlkampf locken. Doch hinter den Phrasen des Wahlkampf-Gespans verbergen sich national-paternalistische Gedanken. Wer Wirtschaft und Gesellschaft national und isolationistisch denkt, der löst nicht die Probleme von heute, sondern schafft erst die Probleme von morgen.“ ^[49]

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Folgende AfD-Politiker sind Mitglieder in der [Hayek-Gesellschaft](#):

- [Alice Weidel](#), Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand
- [Beatrix von Storch](#), Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand
- [Peter Boehringer](#), Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags
- Karl-Heinz Krause ^[50], Mitglied der AfD und ihres Bundesfachausschusses Energiepolitik (BFA 10) ^[51] sowie Vorstandsmitglied der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#)

Quelle: ^[52]

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der AfD wirken beim [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) mit, das den menschengemachten Klimawandel leugnet:

- Michael Limburg, Mitglied der AfD und Stellv. Vorsitzender des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Vizepräsident von EIKE^[53]
- Horst-Joachim Lüdecke, Mitglied der AfD und Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Pressesprecher von EIKE^[54]
- Klaus Peter Krause, Mitglied der AfD, Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie und Stellv. Vorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#), veröffentlicht regelmäßig Artikel bei EIKE

Von den 15 Mitgliedern des „Bundesfachausschusses Energiepolitik“, der für das Thema Klimawandel zuständig ist, gehören nach taz-Recherchen mindestens 12 eindeutig zum Lager der Klimaskeptiker.^[55]

AfD-Mittelstandsforum

Das Mittelstandsforum für Deutschland e.V. (bis 2019 Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland) ist eine AfD Vorfeldorganisation, welcher nach eigenen Angaben die Interessen des Mittelstandes vertritt. Dieser adressiert die Bundesregierung beispielsweise durch öffentlichkeitswirksame Aktionen vor dem Bundestag^[56]. Der Vorstand besteht zum Großteil aus politischen Mandatsträger:innen der AfD^[57].

Weiterführende Informationen

- [Die AfD – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Studie der Heinrich Böll-Stiftung NRW, September 2013](#)
- [Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD, LobbyControl-Hintergrundpapier, September 2017](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Mitgliederentwicklung der Parteien](#) bpb.de, abgerufen am 06.01.2023
2. ↑ [Pressemitteilung des DIW zu seiner AfD-Studie vom 24.08.2016](#), diw.de, abgerufen am 24.11.2016
3. ↑ [So radikal will die AfD Deutschland umbauen](#), faz.net vom 02.05.2016
4. ↑ [Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland](#), alternativefuer.de, abgerufen am 24.11.2016
5. ↑ [Pro-russische Propaganda quer durch Europa](#) tagesschau.de, Artikel vom 28.03.2024
6. ↑ [Wie Russland Einfluss auf westliche Politiker nimmt](#) zeit.de, Artikel vom 28.03.2024
7. ↑ [Petr Bystron dementiert Annahme von Zahlungen aus Russland](#) zeit.de, Artikel vom 04.04.2024
8. ↑ [Pro-russische Propaganda quer durch Europa](#) tagesschau.de, Artikel vom 28.03.2024
9. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021

10. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
11. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
12. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
13. ↑ vgl. die Recherchen von correctiv und Frontal21 [AfD-Finanzskandal: Spender wussten nichts von eigenen Spenden](#), correctiv.de vom 16.11.2019, abgerufen am 28.12.2021.
14. ↑ vgl. Chronik unter: [Der AfD-Spendenskandal – Die Übersicht: Von der Schweizer Plakatspende bis zur Strafzahlung](#), correctiv.de vom 26.11.2019, abgerufen am 28.12.2021
15. ↑ [Frauke Petry erhebt Korruptionsvorwürfe gegen AfD-Spitze](#), FAZ.net vom 15.06.2021, abgerufen am 28.12.2021.
16. ↑ [Deutscher Bundestag - Parteispenden über 50.000 € - Jahr 2023](#) bundestag.de, abgerufen am 19.02.2023
17. ↑ [Großspender fordert 100.000 Euro von der AfD in Thüringen zurück](#) mdr.de, vom 17.04.2022, abgerufen am 06.01.2023
18. ↑ [Otte spendete 30.000 Euro an die AfD](#) tagesschau.de, vom 03.02.2022, abgerufen am 04.02.2022
19. ↑ [Max Otte nach AfD-Engagement aus CDU ausgeschlossen](#) sueddeutsche.de, vom 03.08.2022, abgerufen am 06.01.2023
20. ↑ [AfD-Parteienfinanzierung: Großspende von mutmaßlichem Ex-Waffenhändler aus Bangkok](#) spiegel.de, vom 16.01.2019, abgerufen am 06.01.2023
21. ↑ [Angriff auf die CDU: Prominente Mittelständler finanzieren rechtspopulistische AfD. Spiegel online vom 15. Oktober 2014](#), abgerufen am 16.10.2014
22. ↑ [Illegale AfD-Spenden: Rote Karte für Meuthen](#) lobbycontrol.de, vom 13.01.2020, abgerufen am 06.01.2023
23. ↑ [Spendenskandal: Weitere Strafen für die AfD](#) lobbycontrol.de, vom 09.12.2020, abgerufen am 06.01.2023
24. ↑ [Die AfD erbte einen Goldschatz – und verliert ihn nun womöglich wieder](#) spiegel.de, Artikel vom 15.06.2023, abgerufen am 05.04.2024
25. ↑ [AfD Rechenschaftsbericht 2018](#)
26. ↑ [Millionenschweres Erbe: Muss die AfD ihren Goldschatz wieder abgeben?](#) nzz.ch, Artikel vom 03.08.2023, abgerufen am 05.04.2023
27. ↑ [AfD erbt Goldschatz: Parteitag hat Einblick](#) zdf.de, Artikel vom 28.07.2023, abgerufen am 05.04.2024
28. ↑ [Die AfD erbte einen Goldschatz – und verliert ihn nun womöglich wieder](#) spiegel.de, Artikel vom 15.06.2023, abgerufen am 05.04.2024
29. ↑ [Heikler Deal: AfD bekam günstigen Millionenkredit von Hamburger Reeder](#), Der Spiegel, abgerufen am 22. Juli 2014
30. ↑ [AfD setzt umstrittene Kreditfinanzierung fort](#), abgerufen am 22. Juli 2014
31. ↑ [Muss AfD günstigen Kredit melden?](#), abgerufen am 22. Juli 2014
32. ↑ [Europawahlkampf Henkel leiht AfD eine Million](#), Zeit online vom 30. April 2014, abgerufen am 9. 5. 2014
33. ↑ [Erklärung der finanziellen Interessen beim Europäischen Parlament vom 24. 6. 2014](#)
34. ↑ [Professor Goldfingers großer Plan](#), spiegel.de
35. ↑ [AfD-Goldhandel: Lammert empfiehlt Änderung des Parteiengesetzes](#), bundestag.de, abgerufen am 02. Februar 2015
36. ↑ [Parteiengesetz](#), gesetze-im-internet.de
37. ↑ [Öffentliche Anhörung im Bundestag, 14. Dezember 2015](#), zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
38. ↑ [Warum die dubiose AfD-Wahlkampfhilfe unaufgeklärt bleibt – und was sich ändern muss](#), LobbyControl, 5. September 2016, zuletzt abgerufen am 6.9.2016

39. ↑ [Mecklenburg-Vorpommern: Die geheimen Helfer der AfD](#), FAZ, 21. August 2016, zuletzt aufgerufen am 31.8.2016
40. ↑ [Verdeckte AfD-Wahlwerbung: „Die größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre“](#) Pressemeldung von Lobbycontrol, 8. September 2017, zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
41. ↑ [Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD](#), Analyse von Lobbycontrol, September 2017, zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
42. ↑ [AfD wegen anonymer Spende unter Druck](#) Frankfurter Rundschau, 8. März 2016, zuletzt aufgerufen am 28.11.2016
43. ↑ [Meuthens heimliche Helfer](#), lobbycontrol.de
44. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
45. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI, Der Freitag online vom 20. März 2013](#) Webseite Freitag, abgerufen am 11. 5. 2014
46. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
47. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?, eigentümlich frei vom 19. September 2013](#), Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
48. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne, Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014](#), Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
49. ↑ [Die AfD im Wahlkampf - vermeintlich wirtschaftsliberal](#), familienunternehmer.de, 17/2017], abgerufen am 09.09.2017
50. ↑ [Zum 80. Geburtstag](#), bdk-berlin.org, abgerufen am 03.12.2018
51. ↑ [Schwere Zeiten für die AfD](#), kpkrause.de vom 02.05.2016, abgerufen am 03.12.2018
52. ↑ [Die Hayek-Gesellschaft- „Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 27.11.2018
53. ↑ [AfD Klimapolitik „Auch hier bitte klare Kante“](#), eike-klima-energie.eu vom 27.01.2014, abgerufen am 06.12.2018
54. ↑ [Keine Spur von Antifa bei AfD-Vortrag](#), swp.de vom 20.04.2017, abgerufen am 06.12.2018
55. ↑ [Sammelbecken der Klimaskeptiker](#) taz vom 27. 09. 2013, abgerufen am 27.09.2013
56. ↑ [Aktion des Mittelstandsforum vor dem Bundestag](#) instagram.com, Beitrag vom 12.11.2022, abgerufen am 05.04.2024
57. ↑ [Vorstand Mittelstandsforum](#) mittelstandsforum.org, abgerufen am 05.04.2024

Friedrich August von Hayek Stiftung

Weiterleitung nach:

- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#)

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Die **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** ist eine Vereinigung zur Förderung von marktradikalen Ideen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#). Sie war bis zum Streit um die Abgrenzung zur AfD im Jahr 2021 eng mit der [Friedrich](#)

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft e.V.

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich

August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft

verbunden (diese ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)). Die Hayek-Gesellschaft spielte lange Zeit eine führende Rolle bei der ideologischen Ausrichtung und Koordinierung einer Vielzahl neoliberaler Denkfabriken und Netzwerke. Im Juli 2015 trat ein großer Teil des wirtschaftsliberalen Flügels aus Protest gegen die zunehmende Ideologisierung und Radikalisierung aus der

Hayek-Gesellschaft aus.^[1] Zu ihnen gehörten auch Repräsentanten der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und der [FDP](#). 2017 und 2021 sind weitere Mitglieder aus Protest gegen eine Angleichung an [AfD](#)-Positionen ausgetreten. Die Spaltungstendenzen erklären sich nach Auffassung des Historikers Quinn Slobodian auch daraus, dass Hayek sowohl unter Neoliberalen als auch unter Rechtspopulisten eine Ikone geworden ist.^[2] Die rechtsneoliberale Vorstellung vom »Volkskapital« ordne Ländern Intelligenz-Durchschnittswerte in einer Weise zu, die das Konzept des »Humankapitals« kollektiviere und ihm angeborene, vererbare Qualitäten zuschreibe.

Personelle Verflechtungen gibt es mit den [Mises Instituten](#), dem Verband [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#). Ein prominentes Neu-Mitglied ist Hans-Görg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes, der die WerteUnion als Partei gegründet hat. Von der Hayek-Gesellschaft wird Maaßen auf Youtube als "Verfassungsschützer der Freiheit" präsentiert.^[3] Zu den Aktivisten gehört der Jurist Ulrich Vosgerau, der beim Geheimtreffen von rechtssextremistischen Funktionären in Potsdam dabei war.

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft e.V.

Gründungsdatum Mai 1998

Hauptsitz 10117 Berlin, Albrechtstr.
11

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse hayek.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	39
2 Forum Freiheit	39
3 Verleihung der Hayek-Medaille	39
4 Kontroversen und Austritte	39
4.1 Streit 2015	39
4.2 Streit 2017: Abgrenzung zur AfD	40
4.3 Streit 2021: Abgrenzung zur AfD	40
5 Organisationsstruktur und Personal	41
5.1 Vorstand	41
5.2 Aktivisten	42
5.3 Mitglieder	42
6 Finanzen	43
7 Verbindungen	43
7.1 Atlas Network	43
7.2 Alternative für Deutschland (AfD)	44
7.3 Die Familienunternehmer - ASU	44
7.4 Ludwig von Mises Institute	44
7.5 Degussa Goldhandel GmbH	45
7.6 Hayek-Institut	45
7.7 Jenaer Allianz	45
7.8 Liberales Institut Zürich	45
8 Lobbystrategien und Einfluss	45
8.1 Umwelt/Klimaschutz	45
9 Zitat	46
10 Weiterführende Informationen	46

11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	46
12 Einzelnachweise	46

Aktivitäten

Zweck der im Mai 1998 gegründeten Hayek-Gesellschaft ist u.a. die „Vernetzung“ von Nachwuchswissenschaftlern, Publizisten und Politikern, die Abhaltung von Tagungen und Symposien, die Verleihung einer „Hayek-Medaille“ sowie die Veranstaltung eines Essay-Wettbewerbs.

Forum Freiheit

Das „Forum Freiheit“ ist eine lockere Allianz von verschiedenen Organisationen und Vereinen, deren Ziel eine allgemeine Werbung für die Idee der Freiheit oder für die Realisierung der Freiheit in bestimmten Einzelbereichen (z.B. im Bildungswesen, im Gesundheitswesen) ist.^[4] Das [FORUM FREIHEIT 2022](#) wurde von der Hayek-Gesellschaft veranstaltet und vom [Liberalen Institut Zürich](#) und dem [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) unterstützt. Neben Vorstandsmitgliedern der Hayek-Gesellschaft hält Thilo Sarazzin regelmäßig Vorträge auf den Foren und sonstigen Veranstaltungen der Gesellschaft. Als Leiter eines Panels des Forums Freiheit betätigte sich 2022 [Roland Tichy](#), dem 2015 die Hayek-Medaille verliehen wurde.^[5] Auf dem [FORUM Freiheit 2019](#) referierte Michael Limburg, Vizepräsident des Klimaktenleugner-Instituts [EIKE](#) und Mitglied der AfD, zum Thema „Klimasozialismus“.

Verleihung der Hayek-Medaille

Die Hayek-Gesellschaft verleiht jährlich die Hayek-Medaille an „Medaillenträger national“ und „Medaillenträger international“. Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. 2024 wird die Hayek-Medaille an den [libertären argentinischen Präsidenten Javier Milei](#) verliehen, der der Welt ein leuchtendes Beispiel für die Kraft liberaler Ideen in einem demokratischen Gemeinwesen gebe – gerade in Zeiten großer Not.^[6] Der Vorsitzende Stefan Kooths begründete die Entscheidung eingehend in einem [Interview mit dem Handelsblatt](#).

Der [Hayek-Sonderpreis für exzellentes Networking](#) ging 2023 an das AfD-nahe Radio [KONTRAFUNK](#) mit Sitz in der Schweiz. Offizieller Gründer und Chefredakteur von Kontrafunk ist das Afd-Mitglied [Burkard Müller-Ulrich](#).^[7]

Kontroversen und Austritte

Streit 2015

Im Juli 2015 sind die Vorstandsmitglieder [Karen Horn](#) und [Michael Wohlgenuth](#) sowie fünfzig weitere Mitglieder nach Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung aus der Gesellschaft ausgetreten.^{[8][9]} Horn hatte u. a. in einem Artikel im "Schweizer Monat" jene Vulgärliberalen kritisiert, die sich in verantwortungsloser Vereinfachung gesellschaftlicher Fragen daran ergötzen, als Staatshasser den eigenen Beissreflex zu üben und die rechten, reaktionären Kräfte, die sich missverständlich als "wertkonservative Liberale" bezeichneten.^[10] Daraufhin hatten 26 Mitglieder - unter ihnen der frühere FDP-Politiker [Frank Schäffler](#) - in einem offenen Brief den Rücktritt von Frau Horn gefordert. Der Austritt eines großen Teils des wirtschaftsliberalen Flügels, zu dem u.a. Christian Lindner (FDP-Vorsitzender), [Michael Hüther](#) (Direktor des

Institut der deutschen Wirtschaft) und [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Leiter des [Walter Eucken Institut](#)) gehören, hat faktisch zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. In einem Artikel für die die Neue Züricher Zeitung schilderte Peter Fischer, eines der ausgetretenen Mitglieder, die Ereignisse aus seiner Sicht und sprach von einem "Streit um Abgrenzung gegenüber Rechtskonservativen, Toleranz und zivilisierte Umgangsformen".^[11] 2016 gründeten die Ausgetretenen das Netzwerk [NOUS](#).^[12]

Streit 2017: Abgrenzung zur AfD

Im Juni 2017 sind [Günter Ederer](#) (bis dahin Kuratoriumsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) und Peer Ederer (bis dahin Vorstandsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) aus Protest gegen eine zunehmende Angleichung an AfD-Positionen aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.^[13] Günter Ederer schrieb in einem Brief an die Mitglieder, der Kreis sei zu einem „Mistbeet der AfD“ verkommen. Kritisiert wurde auch, dass in den „Juniorenkreisen Politik“, an deren Organisation der Brüssler Büroleiter von [Beatrix von Storch](#) beteiligt ist, angeblich AfD-Inhalte statt Hayeks Gedanken vermittelt werden.

Streit 2021: Abgrenzung zur AfD

Der ungeklärte Umgang mit der AfD und ihren Mitgliedern hat eine Austrittswelle unter prominenten Mitgliedern der Hayek-Gesellschaft ausgelöst. Dazu gehören zwei Stellvertretende Vorstandsmitglieder (Christoph Zeitler und Frederik C. Roeder) sowie weitere langjährige Mitglieder ([Frank Schäffler](#) und Thomas Mayer). Nach Angaben des Stiftungsrats hat es in der Vergangenheit auffällige Versuche von AfD-Mitgliedern gegeben, die Mitgliedschaft in der Hayek-Gesellschaft zu erwerben. Die Stiftung werde deshalb mit sofortiger Wirkung Veranstaltungen und Projekte weder finanziell noch ideell fördern, an denen AfD-Mitglieder und oder Mitarbeiter von Partei und Fraktionen in welcher Form auch immer teilnehmen. Das nicht bindende Votum sei mit fünf zu eins Stimmen gefallen. In der Hayek-Gesellschaft selbst gibt es laut der Online-Ausgabe des Spiegel keine Mehrheit für eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD. Der Vorstandsvorsitzende Stefan Kooths (Direktor der Abteilung für Konjunktur und Wachstum des Instituts für Weltwirtschaft) sehe die Gefahr für liberale Ideen weniger in einer großen Nähe zu Rechten, sondern eher in Angriffen von Linken. Der Vorwurf der AfD-Nähe ist nach Kooths Auffassung zu „einer politischen Kampfvokabel geworden, ähnlich der Nazikeule“. Zur Entschärfung der Debatte ist Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, am 1. Februar 2021 aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.

Quellen: ^[14]^[15]^[16]^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Name	Verbindungen
Stephan Kooths (Vorsitzender des Vorstands)	• Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW): Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum • BSP Business and Law School, Professor für Volkswirtschaftslehre • Mittelstandsnetzwerk Internationaler Wirtschaftssenat: Mitglied des Präsidiums • CDU/CSU-Fraktion: Referent^[18] • Liberales Institut Zürich: Mitglied des Akademischen Beirats • Mises Institute USA: Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied • FDP, Mitglied
Gerd Habermann (Geschäftsführender Vorstand)	• Die Familienunternehmer - ASU: Mitglied der Ordnungspolitischen Kommission und bis 2010 Direktor des Unternehmerinstituts (UNI) • Deutsche Stiftung Eigentum: Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung: Fördermitglied • Mises Institute Europe: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, Ludwig von Mises Institut Deutschland: Autor • Mont Pelerin Society, Mitglied • FDP: Mitglied
Carlos Gebauer (Stellv. Vorsitzender und Kontaktpartner für Presse und Medien)	• Rechtsanwaltskanzlei Lindenau, Prior & Partner: Mitarbeiter^[19] • Property and Freedom Society, Referent bei den Jahrestagungen 2009 und 2014 • Liberales Netzwerk: Berater, bis 2008 Mitglied des Stiftungsrats • Liberaler Aufbruch: Gründungsmitglied • Alternative für Deutschland (AfD): Moderator bei Wahlkampfveranstaltungen^[20] • Mises Institut Deutschland: Interviewpartner • "Die Freie Welt" und "eigentümlich frei": Autor • Ärztemagazin DER KASSENARZT: Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat • FDP Duisburg: Stellv. Kreisvorsitzender^[21]
Thorsten Harke (Stellv. Vorsitzender)	• Präsident der Harke Group, die Veranstaltungen des Mises Instituts Deutschland sponsert^[22] • Die Familienunternehmer - ASU, Stellv. Vorsitzender des Regionalkreises Ruhr • Verband Chemiehandel, Mitglied des Vorstands

- Papke unterstützt Hans-Georg Maaßen, den Parteigründer und ehem. Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, mit dem er in Dresden bei einer Veranstaltung unter dem Titel „Migrationswende“ auftrat.^[23]
- Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft
- ehem. nordrhein-westfälischer FDP-Wirtschaftspolitiker, der sich als Spitzenpolitiker zurückzog, nachdem es ihm nicht gelungen war, die Partei zu einem nationalliberalen Kurs zu drängen.^[24]

Gerhard Papke
(Schatzmeister)

Lisa Marie Kraul
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Makroökonomik und internationale Wirtschaft der Universität Herdecke

(Stand: Februar 2024) Quelle: ^[25]

Ehemalige Vorstandsmitglieder:

- (bis 1/2021) Frederik C. Roeder: Vorstandsmitglied von "Students for Liberty" und Geschäftsführer des [Consumer Choice Center](#)
- (bis 1/2021) **Christoph Zeitler**: Professor für Politikwissenschaften an der Evangelischen Hochschule Nürnberg, Mitglied der FDP
- Konrad Hummler: Schweizer Privatbankier, Mitglied der Schweizer FDP und bis 2013 Mitglied des Verwaltungsrats der Neuen Züricher Zeitung
- (bis 7/2015) **Karen Horn**: Mitglied einer Vielzahl von neoliberalen Netzwerken und Denkfabriken, u. a. [Mont Pelerin Society](#) und [Open Europe Berlin](#), [Institut der deutschen Wirtschaft](#): bis Ende März 2012 Berliner Büroleiterin
- (bis 7/2015) **Michael Wohlgemuth**: [Open Europe Berlin](#): Direktor, [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow, [Jenaer Allianz](#): Mitbegründer, [Mont Pelerin Society](#): Mitglied, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#): Mitglied des "Ordnungspolitischen Beirats"^[26]

Aktivisten

- Ulrich Vosgerau, Privatdozent der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der CDU, der die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt, war beim Geheimtreffen von rechtsextremistischen Funktionären in Potsdam dabei.^{[27][28][29]} Auf Einladung der AfD Hamburg schilderte er das Treffen aus seiner Sicht und deutete eine Verschwörung hinter der Veröffentlichung an.^[30] Vosgerau referiert bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft, so beim [Forum Freiheit](#) oder als besonderer Ehrengast bei der Jahreskonferenz der Clubleiter der Hayek-Gesellschaft am 14.10.2023 in Fulda.^[31] Er ist - wie der Hayek-Gesellschaft-Vorsitzende Kooths - Dozent der [Akademie der Freiheit](#).

Mitglieder

Mitglieder können - auf Vorschlag zweier Mitglieder der Gesellschaft - namentlich Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Unternehmerwirtschaft und Publizistik werden. Prominente Mitglieder sind/waren u. a.:

- Hans-Georg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes^[32]
- [Roland Tichy](#)^[33]

- Oliver Geers, Hörgeräte-Hersteller
- Erich Sixt, Vorstandsvorsitzender der Sixt SE
- Theo Müller, Müller-Milch
- Thomas Bentz, Melitta-Erbe
- Hans-Adam II., Fürst von Liechtenstein
- Siegfried von Hohenau, Münchner Unternehmer
- Markus Krall, ehem. Sprecher und Mitglied der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH, Gründer der [Atlas-Initiative](#)
- Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH, Präsident des [Mises Institut Deutschland](#)
- Gunther Schnabl, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Autor des [Mises Institut USA](#), Senior Fellow des Flossbach von Storch Research Institute
- Philip Plickert, Wirtschaftsredakteur der FAZ^[34], Mitglied des Kuratoriums von [ECONWATCH](#)
- Heike Göbel, Wirtschaftsredakteurin der FAZ^[35]

Ehemalige Mitglieder

- (bis 1/2021) [Frank Schäffler](#), FDP-Bundestagsabgeordneter, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sowie Mitbegründer der marktliberalen Denkfabrik [Prometheus](#)
- (bis 7/2015) [Christian Lindner](#), Bundesvorsitzender der FDP, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- (bis 7/2015) [Otmar Issing](#), ehem. Direktoriumsmitglied [Europäischer Zentralbankrat](#)

Quelle: ^[13]

Finanzen

Die Hayek-Gesellschaft finanziert sich über die [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Stifter: Edmund Radmacher, Stiftungskapital: 3 Mio. Euro), Erträgen der Inge und Edmund Radmacher Stiftung für eine Gesellschaft freier Bürger mit Sitz in Düren (Stiftungskapital: 20 Mio. Euro) und Spenden. Das Budget liegt bei 450 Tsd. Euro. Der verstorbene Stifter Radmacher hat verfügt, dass die Mittel aus der Inge und Edmund Radmacher Stiftung nur so lange fließen wie sein Vertrauter Gerd Habermann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung und Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, in der Hayek-Stiftung das Sagen hat.

Quellen: ^{[13][36][37]}

Verbindungen

Atlas Network

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das [Atlas Network](#). Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

Alternative für Deutschland (AfD)

Folgende AfD-Politiker sind/waren Mitglieder in der Hayek-Gesellschaft:

- (bis 02/2021) **Alice Weidel**, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- **Beatrix von Storch**, Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- **Peter Boehringer**, Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags

Quelle: ^[13]

Die Familienunternehmer - ASU

Folgende Mitglieder/Funktionsträger von **Die Familienunternehmer - ASU** sind Mitglieder der Hayek-Gesellschaft oder mit ihr verbundenen Hayek-Stiftung:

- **Gerd Habermann**, ordnungspolitischer Berater der Familienunternehmer, ist Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft^[38]
- Marie-Christine Ostermann (FDP), Geschäftsführende Gesellschafterin bei Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG, Mitglied des Strategischen Beirats der Familienunternehmer und ehem. Bundesvorsitzende der "Jungen Unternehmer" bei den Familienunternehmern, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft
- Thomas Bentz, Gesellschafter der Melitta Unternehmensgruppe Bentz KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Vorsitzender der Familienunternehmer
- Volker J. Geers, Mitglied des Aufsichtsrats der Geers Hörakustik AG & Co. KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Präsident der Familienunternehmer
- Thorsten Harke, Präsident der Harke Group, Stellv. Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft, ist Stellv. Vorsitzender des Regionalkreises Ruhr der Familienunternehmer

Ludwig von Mises Institute

Die rechtslibertären **Mises Institute** sind **anarchokapitalistisch** ausgerichtet. Verbindungen gibt es zu den folgenden Instituten:

Ludwig von Mises Institut Deutschland

Thorsten Polleit, Präsident des deutschen Mises-Instituts, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft und hält auf deren Veranstaltungen regelmäßig Vorträge.^[39] Der im April 2012 vom Milliardär **August von Finck** zum Chefökonom von Degussa Goldhandel ernannte Polleit hat im Oktober 2012 das deutsche Mises Institut gegründet, das seinen Sitz in der Residenz von Degussa Goldhandel München hat.^[40] Weiterhin ist er Adjunct Scholar am Ludwig von Mises Institute in Auburn, Alabama.^[41] Laut „Capital“ machte sich der Trump-Fan Polleit unmittelbar nach dem Sturm auf das Capitol für den Versuch rechtsextremer Republikaner stark, die Bestätigung des Wahlsiegers Biden durch die Einrichtung einer „Sonderkommission“ zu verhindern.^[42]

Ludwig von Mises Institute-Europe

Gerd Habermann, Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Mises Institute-Europe und Autor des Mises Instituts Deutschland.

Ludwig von Mises Institute Auburn/Alabama

Stephan Kooths, Vorstandsvorsitzender der Hayek-Gesellschaft ist Mitglied des Mises Institute USA.

Degussa Goldhandel GmbH

Die Degussa Goldhandel GmbH ist ein Unternehmen des Milliardärs [August von Finck](#), der in der Vergangenheit mehrfach durch hohe Parteispenden und die Unterstützung rechter oder konservativer Parteien und Organisationen aufgefallen ist. Markus Krall, Sprecher und Mitglied der Geschäftsführung der Degussa Goldhandels GmbH, und Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandels GmbH, sind Mitglied der Hayek-Gesellschaft.^[43] Christophe Lüttmann, Leiter der Niederlassung Düsseldorf der Degussa Goldhandel GmbH, ist Vorsitzender des Hayek-Clubs Münsterland.^{[44][45]} Partner des Hayek-Clubs Münsterland sind u.a. das Ludwig von Mises Institut Deutschland und das Mises Institute Auburn/Alabama.

Hayek-Institut

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das österreichische [Hayek Institut](#)

Jenaer Allianz

[Gerd Habermann](#), Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft, ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Liberales Institut Zürich

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das Liberale Institut Zürich^[46]

Lobbystrategien und Einfluss

Umwelt/Klimaschutz

Beim Thema Klimapolitik vertritt die Hayek-Gesellschaft überwiegend die Positionen der Leugner/Skeptiker des Klimawandels. So heißt es in einem auf der eigenen Webseite veröffentlichten Positionspapier vom 23. Februar 2010 mit dem Titel "Die Klimakatastrophe findet nicht statt":

"Da die Natur das Klima bestimmt, gibt es weder einen Grund, die CO2 Emissionen zu reduzieren noch für andere Zwangsmassnahmen und steuerliche Belastungen und Regulierungen auf nationaler und globaler Ebene".^[47]

Zu den Unterzeichner gehört der wissenschaftlich umstrittene [Fred Singer](#), der nach Einschätzung der ZEIT "Teil eines von der Industrie finanzierten Komplexes von Verbänden und Instituten (ist), der rund um Washington gewachsen ist. Eine Art Potemkinsches Dorf der Wissenschaft, bevölkert von bezahlten Experten, die den Interessen ihrer Auftraggeber dienen".^[48]

Michael Limburg, bekannter Klimaleugner, Vizepräsident des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE) sowie Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der AfD, tritt bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft als Referent auf. Am 30. Oktober 2019 hielt er auf dem von der Hayek-Gesellschaft organisierten FORUM FREIHEIT 2019 einen Vortrag zum Thema „Klimasozialismus“.^[49] Limburg war der einzige Referent zu diesem Thema; seriöse Klimawissenschaftler waren nicht geladen. Die Moderation übernahm Carlos A. Gebauer, Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, der bereits 2010 in einem bei family.fair gesendeten Interview mit Limburg als dessen Stichwortgeber fungierte.^[50] Am 23. September 2019 referierte Limburg beim Hayek-Club Berlin zum Thema: „Kann unsere Energiewende das Klima retten?“^[51]

Zitat

Ob in der Hayek-Gesellschaft oder im breiten Diskurs der Öffentlichkeit – ich habe es nie gern gesehen, wenn Leute vor allem danach streben, sich in einem Biotop gleichgesinnter Ideologen zu bewegen, andere hart auf Linientreue zu testen und einander mit einfachen, möglichst scharfen Parolen hochzuschaukeln. Auch waren die Schriften Hayeks für mich nie eine Art Bibel, sondern schlicht ein wissenschaftliches Werk, mit dem sich zu befassen sehr lohnend ist. Ich halte Sektiererei für unwissenschaftlich und gefährlich. Wer ihr verfällt, pflegt häufig eine Opfermentalität; Andersdenkende sieht er als hassenswerte Subjekte und Teil einer fatalen Verschwörung. Vor einem apokalyptisch gemalten Hintergrund radikalisiert er sich, wird dogmatisch, selbstgerecht, gehässig, intolerant und respektlos. Ich halte das für eine ganz und gar nicht liberale Haltung. Sie ist schlicht anmaßend. Sie ist zudem auch wenig zweckmäßig, wenn es darum gehen soll, andere für den Wert der Freiheit zu erwärmen.

[Karen Horn](#), langjährige Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft in der Begründung ihres Austritts im Juli 2015^[52]

Weiterführende Informationen

- [Quinn Slobodian: Hayeks Erben 21.07.2021](#)
- [Aktivitäten der Hayek-Stiftung und -Gesellschaft, Stand: September 2011](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, www.erklaerung-leipzig.de](#), abgerufen am 04.05.2020
2. ↑ [Hayeks Erben](#), jacobin.de vom 21.07.2021, abgerufen am 18.09.2021
3. ↑ [Hayek-Tage in Erfurt](#), hayek.de vom 9./10.2023, abgerufen am 03.09.2023
4. ↑ [Forum Freiheit](#), hayek.de, abgerufen am 04.09.2023
5. ↑ [Hayek-Tage 2015](#), hayek.de, abgerufen am 04.09.2023
6. ↑ [Pressemitteilung 22.02.2024](#), hayek.de, abgerufen am 17.03.2024
7. ↑ [Ein Heimatsender für die AfD](#), taz.de vom 06.02.2024, abgerufen am 17.03.2024

8. ↑ [Philipp Plickert: Liberaler Verein Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), FAZ vom 14. Juli 2015, abgerufen am 04.05.2020
9. ↑ [Karen Horn verläßt Hayek-Gesellschaft](#), Junge Freiheit, 14. Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
10. ↑ [Karen Horn: Auf dem rechten Auge blind? Schweizer Monat](#), Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
11. ↑ [Exodus aus der Hayek-Gesellschaft: Streit unter Liberalen eskaliert](#), NZZ online vom 14. Juli 2015, aufgerufen am 04.05.2020
12. ↑ [„Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie“ tagt erstmals](#), badische-zeitung.de vom 12.07.2016, abgerufen am 04.05.2020
13. ↑ [13,013,113,213,3 Die Hayek-Gesellschaft-„Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 04.05.2020
14. ↑ [AfD-Streit zerreißt liberale Hayek-Gesellschaft](#). spiegel.de vom 31.01.2021, abgerufen am 31.01.2021
15. ↑ [Ist Hayek mit der AfD vereinbar?](#), faz.net vom 31.01.2021
16. ↑ [Mitglieder-Rundschreiben vom 30. Januar 2021](#), hayek.de, abgerufen am 01.02.2021
17. ↑ [Alice Weidel verläßt Hayek-Gesellschaft](#), faz.de vom 01.02.2021, abgerufen am 05.08.2021
18. ↑ [Wir hören zu/Gipfel der CDU/CSU-Fraktion](#), cducsu.de, abgerufen am 17.03.2024
19. ↑ [Homepage Gebauer](#), make-love-not-law, abgerufen am 04.05.2020
20. ↑ [Alternative für Deutschland Wahlkampfauftakt in Düsseldorf, eigentümlich frei](#), 3. September 2013, abgerufen am 04.05.2020
21. ↑ [GDP-Kreisverband Duisburg](#), fdp-duisburg, abgerufen am 09.02.2021
22. ↑ [Mises-Seminar 2018: Die Österreichische Schule der Nationalökonomie - von der Theorie in die Praxis](#), mises.de, abgerufen am 01.01.2022
23. ↑ [„Zur Maaßen-Partei? Bleibt lieber, wo ihr seid!“](#), welt.de vom 12.01.2024, abgerufen am 14.02.2024
24. ↑ [Orbans deutsche Stimme?](#), welt.de vom 20.04.2021, abgerufen am 19.09.2021
25. ↑ [Vorstandsmitglieder der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 14.02.2024
26. ↑ [Positionen Michael Wolgemuth](#), eucken.de, aufgerufen am 04.05.2020
27. ↑ [Asta fordert Titel-Entzug von Privatdozenten](#), ksta.de vom 24.01.2024
28. ↑ [Dr. Ulrich Vosgerau](#), vosgerau.legal.de, abgerufen am 18.03.2024
29. ↑ [Wer aus der CDU beim rechtsextremen „Geheimtreffen“ dabei war - und was die Partei dazu sagt](#), rnd.de vom 12.01.2024
30. ↑ [An einem Abend voller Widersprüche sorgt ein CDU-Mann mit bizarren Thesen für Aufsehen](#), focus.de vom 01.03.2024
31. ↑ [Ökosozialismus](#), youtube.com, abgerufen a, 18.03.2024
32. ↑ [Hayek-Tage in Erfurt](#), hayek.de vom 9./10.2023, abgerufen am 03.09.2023
33. ↑ [Hayek-Club Berlin](#), hayek.de vom 10.06.2020, abgerufen am 04.09.2023
34. ↑ [Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), faz.net vom 14.07.2015, abgerufen am 04.05.2020
35. ↑ [Streitbare Geiser der Freiheit](#), faz.net vom 26.06.2015, abgerufen am 04.05.2020
36. ↑ [Langer Marsch von rechts](#), afdwatchafd.wordpress.com vom 18.09.2015, aufgerufen am 04.05.2020
37. ↑ [Nachruf Dr. Edmund Radmacher](#), hayek.de vom 20.05.2016, aufgerufen am 04.05.2020
38. ↑ [Profil](#), misesde.org, abgerufen am 04.05.2020
39. ↑ [Die EZB auf den Spuren der Reichsbank](#), youtube.com vom 09.07.2020, abgerufen am 06.08.2021
40. ↑ [Degussa und Antidemokratie](#), andreaskemper.org vom 05.05.2020, abgerufen am 06.08.2021
41. ↑ [Absolute Eigentumsrechte als ökologischer Imperativ](#), misesde. vom 18.11.2020, abgerufen am 06.08.2021

42. ↑ [Die deutschen Trumpisten haben nichts dazu gelernts](#), capital.de vom 06.08.2021, abgerufen am 06.08.2021
43. ↑ [Was Sie schon immer über Inflation wissen sollten](#), hayek-institut.at vom 14.04.2021, abgerufen am 13.09.2021
44. ↑ [Willkommen beim Hayek-Club Münsterland](#), freiheitswerte.de, abgerufen am 24.08.2021
45. ↑ [Goldankauf boomt](#), degussa-goldhandel vom 04.11.2020, abgerufen am 24.08.2021
46. ↑ [Links](#), libinst.ch, abgerufen am 04.05.2020
47. ↑ [Die Klimakatastrophe findet nicht statt](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 04.05.2020
48. ↑ [Die Klimakrieger. Wie von der Industrie bezahlte PR-Manager der Welt seit Jahren einreden, die Erderwärmung finde nicht statt](#). ZEIT online vom 28. November 2012, abgerufen am 04.05.2020
49. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020
50. ↑ [Michael Limburg im Gespräch mit Carlos A. Gebauer über das Weltklima](#), Gloria.tv vom 24.04.2010, abgerufen am 04.05.2020
51. ↑ [Vergangene Veranstaltung](#), hayek-berlin.de, abgerufen am 04.05.2020
52. ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), www.erkaerung-leipzig.de, abgerufen am 04.05.2020